



xhain

STACHSEL

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Editorial

Liebe Xhainer*innen,

Und schon wird das wahre Gesicht der neuen Regierung sichtbar. Nach seiner äußerst fragwürdigen Wahl in das Amt des Regierenden Bürgermeisters stellt sich schnell heraus: Wegners Koalitionsvertrag war Beruhigungsspiel für die Linken in der SPD (die sich in weiten Teilen nicht haben blenden lassen) und kann unter der Rubrik "Papier ist geduldig" verbucht werden: verlängerte Präventivhaft, nicht zuletzt als Instrument gegen Klimaaktivist*innen, Missachtung der Volksentscheide zum Tempelhofer Feld und zur Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne, Weiterbau der A 100 - und jetzt soll auch noch das Maskulinum als Form für alle* Rückkehr in die Verwaltungssprache feiern: So sieht Wegners Berlin der Zukunft aus. Mit den Folgen dieser Wahl beschäftigen wir uns auf den nächsten Seiten, unter anderem mit einer detaillierten Analyse des Koalitionsvertrags aus feministischer Sicht. Aber Xhain bleibt anders! Wir werden mit all unseren Möglichkeiten dagegen halten: Auf einer Doppelseite findet Ihr die Pläne zur Mobilitätswende, es geht um die Zukunft des Hermannplatzes, um Cannabis, ums Wohnen und vieles mehr. Viel Spaß beim Lesen und einen schönen Sommer wünscht Euch

Eure Redaktion



Wegners Berlin

Foto: Henry Arnold

Sackgasse A100! Ansicht vom sogenannten Streckenabschnitt 16, auf dem bald die Autos rollen sollen.

Xhain bleibt anders!

Nach einem holprigen Start wird Berlin 27. April von einer Koalition von CDU und SPD regiert. Erst im 3. Wahlgang wurde der neue Regierende CDU-Bürgermeister Kai Wegner gewählt. Zuvor konnten sich gerade mal 54 Prozent der Berliner SPD-Mitglieder zu einem „Ja“ zum Koalitionsvertrag mit der CDU durchringen.

Inhalt

	Seite
Stadtgrün	2
Cannabis	2
Stadtentwicklung	3
Angriff auf Bürger*innenrechte	3
Impressum	3
Feministische Wunschliste	4
"Der seltene Fang"	4
Entsiegelung	5
A100	5
Service	5
Neues von der Verkehrswende	6 + 7
Investitionsplanung im Bezirk	8
Wohngeldnovelle	8
Wohnraumbeschaffung	8
Spielwagen	9
Beton und Baufilz	9
Landeskompetenz Wohnen	9
Jugendgipfel	10
Strafrechtsreform	10
Silvio-Meier-Preis 2023	10
Flucht und Menschlichkeit	11
Kolumne	11
Afghanistan-Ausschuss	11
Karstadt und Denkmalschutz	12
BVV-Fraktionsvorstand	12

Die Pläne der neuen Landesregierung lesen sich wie eine klare Absage an die progressive, bürgerrechtlich orientierte Politik. Gerade für die Mobilitätswende, die Mieter*innen und den Klimaschutz bietet der Koalitionsvertrag wenig gute Aussichten für die Stadt. Umso wichtiger ist es, dass wir in unserem Bezirk weiterhin konsequent progressive Politik vorantreiben.

Schon im Wahlkampf hat die CDU mit Rassismus, Angst und reaktionärer Law & Order-Politik um Stimmen geworben. Im neuen Koalitionsvertrag findet sich ein ganzes Repertoire an Maßnahmen, die ihre Spuren im Bezirk hinterlassen werden. So möchte die neue Regierung an sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten wie dem Kottbusser Tor die umstrittene Videoüberwachung zulassen. Mit einem klaren Bekenntnis zur verdachtsfreien Kontrolle durch Polizist*innen, die auf „kriminalistischen oder polizeilichen Erfahrungswerten basieren“, werden sich gerade Menschen aus marginalisierten Gruppen in unserem Bezirk nicht sicherer fühlen. Ganz im Gegenteil erfahren viele Menschen hier im Bezirk Rassismus an unterschiedlichen Stellen und leider auch im Umgang mit der Polizei. Es kann nicht sein, dass Menschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Sprache diskriminiert werden. Es ist Aufgabe der Innensenatorin zu gewährleisten, dass das nicht passiert.

Sinnvoller wäre es, die Ressourcen, sowohl finanziell als auch personell, anders einzusetzen. Zum Beispiel für

Ort unterwegs und ansprechbar sind und schnell reagieren. Wir müssen den öffentlichen Raum anders gestalten und dabei die akuten Problemlagen im Blick haben. Statt mit Videoüberwachung müssen wir soziale Probleme, wie sie auch rund um den Kotti existieren, mit sozialpolitischen Lösungen angehen. Obdachlosigkeit und Drogenkonsum im öffentlichen Raum kennen keine Bezirksgrenze, wir brauchen eine berlinweite Strategie mit Nacht- und Schlafangeboten, Drogenkonsumräume und aufsuchende Sozialarbeit

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag ist viel die Rede davon, die Stadt zusammenzuführen. Gleichzeitig wird der Wille der Berliner*innen an vielen Stellen aus ideologischen Gründen schlicht ignoriert. Ein Volksentscheid nach dem anderen wird abgeräumt, das Tempelhofer Feld soll bebaut werden. Die Umsetzung des Volksentscheids zu Vergesellschaftung von Wohnungen wird verschoben und das Mobilitätsgesetz mit breiten Radstreifen soll geschliffen werden. Passend dazu erteilt die neue Berliner Verkehrssenatorin von der CDU als erste Amtshandlung eine Absage an die Ergänzungen des Mobilitätsgesetzes zum Wirtschaftsverkehr. Im Koalitionsvertrag beschwören SPD und CDU ein Miteinander im Straßenverkehr, das sich statt einer fairen Verteilung des öffentlichen Raums wie ein zurück in die autozentrierte Stadt des letzten Jahrtausends liest. Konkret geplante Straßenbahnen, wie die Verlängerung der M 10 von Friedrichshain durch Kreuzberg und

Neukölln zum Hermann Platz werden gestoppt. Und Fehlanzeige bei Tempo 30, Verkehrsberuhigung, mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Damit wird statt Zusammenführung die Spaltung der Stadtgesellschaft vorangetrieben.

Öffentlicher Raum für alle

Eine neue Regierung muss sich den Realitäten in der Stadt stellen, auch den politischen. Ja, der Klimavolksentscheid hat das Quorum nicht erreicht, aber dennoch hat die Mehrheit der Berliner*innen für mehr Klimaschutz gestimmt. Was haben CDU und SPD zum Klimaschutz zu melden? Zum Benzingeruch in der Verkehrspolitik, kommt Beton beim Bauen dazu. Ein 5 Milliarden Sondervermögen für Klimaschutz hört sich erstmal gut an. Doch wenn es konkret wird, bleibt immer der Klimaschutz auf der Strecke. Schon jetzt macht sich die neue Regierung auf den Weg, ökologische Vorgaben beim Bauen einzudampfen: keine Solarpflicht, keine grünen Dächer oder Fassaden.

Auch eine Absage an den verkehrs- und klimapolitischen Wahnsinn des Weiterbaus der A100 durch unseren Bezirk von schwarz-rot erfolgt nicht. Ganz im Gegenteil: Zur Freude der CDU/SPD Autopolitik kann der Autobahnwahnsinn nun weiter vom FDP Bundesverkehrsminister vorangetrieben werden. Für den Klimaschutz und unseren Bezirk ist das katastrophal. Die Betonschneise A 100 wird gan-

ze Kieze in Friedrichshain zerstören, Clubs und Gewerbetreibende platt machen. In einer klimafreundlichen Stadt für alle werden keine neuen Autobahnen gebaut, sondern der Raum genutzt für mehr Parks, bezahlbares Wohnen und Gewerbe, sowie lebendige und alternative Kiezkultur.

Die Friedrichshain-Kreuzberger*innen wünschen sich mehr grüne Parks statt graue Parkplätze, mehr Kiezblocks statt Autobahnen, mehr bezahlbaren Wohnraum statt Profite für die Immobilienlobby.

Progressiv, grün, solidarisch

Seit Jahren sind wir in Friedrichshain-Kreuzberg Vorreiterin in Berlin, wenn es um die Umverteilung des öffentlichen Raums und die Mobilitätswende geht. Mit der Verstärkung von Pop-Radwegen, der Errichtung von Kiezblocks, neuen Fahrradstraßen, Fahrradbügeln und mehr Platz zum Verweilen im öffentlichen Raum, hat sich in unserem Bezirk viel getan.

Daran werden wir anknüpfen und weiterhin progressive Politik für Friedrichshain-Kreuzberg machen. Wo es geht und Straßenzüge der bezirklichen Planung obliegen, werden wir weiter Kieze vom Durchgangsverkehr befreien und die Verkehrsberuhigung im Bezirk vorantreiben. Wir werden mehr Tempo beim Klimaschutz machen: mit mehr Solaranlagen auf den Dächern, mit Klimastraßen und grünen Oasen für einen lebenswerten Bezirk.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung Artikel von Seite 1

Wir stellen die Mieter*innen in den Mittelpunkt, nicht Interessen von Immobilienspekulant*innen. So werden wir bei Karstadt am Hermannplatz weiterhin klare Position gegen die Umsetzung von Investor*innenplänen beziehen. Uns geht es um die Bedürfnisse der Nachbarschaft, nicht um Gewinnmaximierung von Konzernen.

Wir haben erkannt, dass Berlin eine progressive Drogenpolitik braucht. Wenn der Senat Berlin nicht zur Modellregion für den legalen Verkauf von Cannabis macht, machen wir es eben selbst und stehen als Modellbezirk für das Legalisierungsprojekt der Bundesregierung zur Verfügung.

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist ein klarer Auftrag, und zwar für uns als Grüne: Wir können und müssen zeigen, was im Bezirk möglich ist und im Land möglich wäre. Progressive und inklusive Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt, nicht die Autos, nicht Beton, nicht die Angst. Unser Versprechen: Xhain bleibt anders!



Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann

Foto: Erik Marquardt

■ Clara Herrmann,
Bezirksbürgermeisterin

Friedrichshain-Kreuzberg als Cannabis-Modellregion

Unser Bezirk war schon bei vielen politischen Projekten und Vorhaben Vorreiter. Das soll auch bei der geplanten Cannabis-Legalisierung so sein. Die Zeit ist reif für eine progressive Drogenpolitik.

„Gebt das Hanf frei! – Und zwar sofort!“ sagte Hans-Christian Ströbele vor 20 Jahren auf der Hanfparade. Damals hielt die Polizei einen Demowagen der Grünen Jugend an, weil dieser mit Nutzhanf dekoriert war. Schon immer war der Kampf für die Legalisierung nicht nur eine Frage der Freiheit, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit.

Jetzt hat die Ampel-Regierung auf Bundesebene Eckpunkte für die geplante Cannabis-Legalisierung vorgelegt. Der Plan besteht aus zwei Säulen: Erstens soll ein Gesetzentwurf zum Besitz, Eigenanbau und nicht-kommerziellen Erwerb von Cannabis vorgelegt werden. Zweitens soll der Verkauf von qualitätsgeprüftem und zertifiziertem Cannabis als Genussmittel aus kommerziellem Anbau in lizenzierten Fachgeschäften in einzelnen Modellregionen erfolgen. Diese sind auf fünf Jahre befristet und werden wissenschaftlich begleitet.

Die zweite Säule war erforderlich, weil die tief verankerte Stigmatisierung der Hanfpflanze bis in europäisches und internationales Recht deren Legalisierung schwieriger macht als lange erhofft.

Der Weg zur Modellregion

Damit Berlin oder zumindest Friedrichshain-Kreuzberg eine solche Modellregion wird, haben wir als bündnisgrüne Fraktion einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingebracht. Er fordert das Bezirksamt auf, sich gegenüber allen relevanten Stellen dafür einzusetzen. Der Antrag wurde am 26. April von der BVV beschlossen. Dass die CDU-Fraktion fast geschlossen gegen den Antrag stimmte, nährt aber die Befürchtung, dass sich die neue kleine schwarz-rote Koalition auf Landesebene eher nicht für die Cannabis-Legalisierung einsetzen wird. Umso wichtiger ist und bleibt der politische Druck aus den Bezirken.

Bereits 2013 hat die BVV Friedrichshain-Kreuzberg einen Antrag für ein Modellprojekt zur kontrollierten

Abgabe von Cannabis beschlossen. Damit sollte der gescheiterten Prohibition entgegengetreten werden. In der Folge hat das Bezirksamt mit Monika Herrmann einen Antrag beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte auf die regulierte Abgabe von Cannabisprodukten in einer lizenzierten Abgabestelle gestellt. Das Land Berlin zog 2019 nach und stellte ebenfalls einen solchen Antrag. Doch die restriktive Verbotspolitik der früheren unionsgeführten Bundesregierungen hat eine Legalisierung – ebenso wie ein Modellprojekt – bislang verhindert.

Dabei ist klar: Repressive Ansätze wie die „Null-Toleranz-Politik“ des ehemaligen CDU-Innensensors Henkel zeigen keine Erfolge und führen zu unerwünschten Verdrängungseffekten der sogenannten „Szene“. Auch ist die Jagd von Konsument*innen weder zielführend noch wirkt sie präventiv. Sie trifft die Falschen, und kostet Polizei und Justiz Millionen. Den Schwarzmarkt beeindruckt das Null. In der aktuellen Situation gibt es also nur Verlierer*innen.

Gescheiterte „Null-Toleranz-Politik“

Mit bundespolitischem Rückenwind wollen wir jetzt einen neuen Anlauf unternehmen, dass Berlin bzw. der Bezirk Modellregion für die Cannabis-Legalisierung wird. Eine progressive Drogenpolitik ermöglicht die regulierte Abgabe, stärkt Prävention und setzt auf Jugend- und Gesundheitsschutz statt auf Stigmatisierung und Kriminalisierung. Sie ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Gut also, dass sich auch unsere Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann sogleich für den Bezirk als Modellregion ausgesprochen hat. Den entsprechenden Gesetzentwurf hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach für nach der Sommerpause angekündigt. Wir bleiben dran!

■ Silvia Rothmund,
Bezirksverordnete

Grau statt Grün?

Wie geht es weiter mit der Stadtnatur, dem Naturschutz, der Umwelt- und Naturbildung und der Ernährungspolitik unter Schwarz-Rot?

In den kommenden drei Jahren wird ein schwarz-roter Senat in Berlin regieren. Als Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt wurde Manja Schreiner (CDU) vereidigt. Sie war bisher Cheflobbyistin der Baubranche (Geschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.) und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Berlin. In der Presse wird sie als ausgleichende Person beschrieben, die sich allerdings nur wenig zu den nun von ihr verantworteten Themen eingelassen hat. Es war leider erwartbar, dass die Spitze der Senatsverwaltung auch symbolisch besetzt wird. Nach Bettina Jarasch und einem Wahlkampf, bei dem wir Grüne vor allem für unsere Verkehrspolitik angegriffen wurden, ist dies eine logische Wahl. Es kann davon ausgegangen werden, dass die neue Senatorin in den Bereichen Stadtnatur, dem Naturschutz, der Ernährungspolitik und der Umwelt- und Naturbildung sehr eng das bearbeiten wird, was mit der SPD in den Koalitionsgesprächen vereinbart wurde. Das wäre gut so!

Im letzten Koalitionsvertrag, den die SPD und CDU im Jahr 2011 verhan-

delt haben, wurden viele der genannten Themen noch nachrangig be- und verhandelt. Mit der Regierungsbeteiligung von uns Grünen hat sich dies verändert, wir haben dafür gesorgt, dass es eine Richtschnur gibt, hinter die die neuen Koalitionspartner*innen nicht mehr zurückfallen sollten. Genauso liest sich der Koalitionsvertrag. Die allermeisten Ziele und Projekte, die wir in den RGR Vertrag verhandelt haben, werden von der neuen Koalition aufgegriffen und genannt – so wird die Ernährungsstrategie ebenso wie die Strategie zur biologischen Vielfalt fortgeführt, die bezirklichen Grünflächen-, Umwelt- und Naturschutzämter sollen gestärkt werden und mehr Bäume gepflanzt werden.

Wenig Verbindliches im Koalitionsvertrag

Bei allen Punkten ist allerdings augenfällig, dass es durchweg weniger Festlegungen und häufig weichere Formulierungen wie „soll erreicht werden“, „wird angestrebt“ gibt. Bei den meisten Punkten erreichen sie die Richtschnur, haben aber keine Ideen

oder Konzepte, um selbst zu gestalten. Dennoch wäre es gut, wenn das durch uns für Berlin Erreichte nicht rückgängig gemacht werden würde.

Eine Fehlstelle ist, dass Schwarz-Rot kein Wort zur Charta für Berliner Stadtgrün schreibt und diese somit in den kommenden drei Jahren wohl auch nicht verabschiedet wird. Wir Grünen haben in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, die Senatsvorlage zur Charta im Abgeordnetenhaus zu verabschieden. Leider ist dies bisher nicht gelungen, obwohl es in beiden Koalitionsvereinbarungen von R2G (2016) und RGR (2021) vereinbart und von rot-roten Senatsmitgliedern mitbeschlossen wurde. Erst gab es Widerstände aus Reihen der SPD und dann von den Linken. Wir werden uns aber im Parlament weiterhin für die Verabschiedung der Charta einsetzen.

Lasst uns also dafür kämpfen, dass wir in drei Jahren die Wahl gewinnen und diese Stillstands- und Rückschrittskoalition nur eine kurze Episode in der Geschichte Berlins bleibt.

■ Dr. Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Wir geben das Hanf frei!

Mit der Entkriminalisierung gehen wir einen ersten Schritt hin zur Legalisierung

Bald hat die Kriminalisierung von Cannabis-Konsument*innen endlich ein Ende: Die Ampelfraktionen wollen den Besitz zum Eigenverbrauch entkriminalisieren: Ein Schritt, der überfällig ist. Allein 2022 gab es über 170.000 Strafverfahren wegen illegalen Besitzes geringer Mengen –

Qualitätskontrollen und wirksamer Jugendschutz unmöglich. Während der Konsum von Alkohol und Zigaretten bei Minderjährigen durch Präventionsarbeit, Werbeverbote und Besteuerung konstant abnimmt, nimmt der Cannabis-Konsum seit 2011 kontinuierlich zu. Da die Nachfrage nur aus

einen enormen Schwarzmarkt geben. Richtig ist: Nur legale Vertriebswege können den Schwarzmarkt tatsächlich zurückdrängen. Für all die, die ähnlich wie beim Kauf von Alkohol hochwertige, professionell hergestellte Produkte erwerben wollen, deren Inhaltsstoffe und Wirkstoffgehalt ausgewiesen sind, kommen die angekündigten Cannabis Social Clubs und regionalen Modellprojekte in Frage. Diese werden den legalen Ankauf für Erwachsene zumindest eingeschränkt ermöglichen.

Legale Vertriebswege werden weiter gebraucht

Das ist zwar eine Verbesserung zur bisherigen Lage, die umfassende Zurückdrängung des Schwarzmarkts wird so aber nicht gelingen.

In Kanada und Kalifornien wird schon heute erfolgreich vorgelebt, wie eine kontrollierte Abgabe an Erwachsene aussehen kann. Dort hat sie zu einer Zurückdrängung des Schwarzmarktes geführt, ohne zu einem Anstieg des Konsums in der Bevölkerung zu führen. Dies sollte uns als Vorbild dienen.

Auf Entkriminalisierung muss Rehabilitation folgen

Den angekündigten Gesetzentwurf der Bundesregierung werden wir uns als grüne Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren genau ansehen und uns konstruktiv einbringen, um insbesondere eine schnelle Umsetzung dieser ersten Schritte zu gewährleisten. Besonders wichtig ist mir auch die nachträgliche strafrechtliche Rehabilitation all derer, die in den letzten Jahren zu Unrecht kriminalisiert wurden.

Ich halte darüber hinaus aber weiterhin an dem Ziel fest, flächendeckende legale Vertriebswege für Erwachsene zu eröffnen und werde mich dafür auch in Zukunft im Deutschen Bundestag einsetzen.

■ Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages



Foto: Lukas Probst

das entspricht einem Verfahren alle 3 Minuten. Das repressive Vorgehen hat die Ressourcen von Polizei und Justiz belastet und nicht zu weniger Konsum geführt – sie gilt also zu Recht als gescheitert. Es ist inzwischen hinreichend kriminologisch erforscht, dass die strafrechtliche Verfolgung bei Cannabis keine sogenannte „Lenkungswirkung“ erzielt. Das Strafrecht ist nicht das geeignete Mittel, um Menschen vom Cannabis-Konsum abzuhalten. Cannabis ist trotz jahrzehntelanger Prohibition die am häufigsten konsumierte illegale Droge.

Folgschwere Repressionspolitik

Die Kriminalisierung der Konsument*innen hat zudem Folgeprobleme geschaffen: Durch die Verfügbarkeit auf dem Schwarzmarkt sind

dem Schwarzmarkt gedeckt werden kann, wird auch die Organisierte Kriminalität finanziell gestärkt.

Wie mein Vorgänger Hans-Christian Ströbele habe ich mich deswegen dafür eingesetzt, dass die Kriminalisierung endlich ein Ende hat. Viele Jahre haben wir Grüne im Bundestag dafür gekämpft und es ist uns gelungen, die Entkriminalisierung im Koalitionsvertrag zu verankern. Nach langem Ringen hat die Bundesregierung nun endlich einen entsprechenden Gesetzentwurf in die Ressortabstimmung gegeben.

Wie von uns gefordert, wird der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabisblüten oder -harz sowie der Eigenanbau von bis zu drei Pflanzen legalisiert.

Während damit für einige bereits das Ziel erreicht ist, möchten andere wesentlich weiter gehen. Sie sagen zu Recht: Wenn jeder sein eigenes Bier brauen müsste, so würde es für Bier

Stadtentwicklung von gestern

Rückschritte von CDU und SPD in der Stadtentwicklung. Egal ob bei der geplanten Bebauung des Tempelhofer Felds, dem Umbau von Karstadt am Hermannplatz oder mehr Versiegelung bei Bauvorhaben – der Koalitionsvertrag von CDU und SPD setzt auf vielen Ebenen falsche Prioritäten.

Statt klimagerechter, sozialer und kooperativer Stadtentwicklung setzt der neue Senat hauptsächlich auf Beton. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag beinhaltet viele Rückschritte im Bereich der Stadtentwicklungspolitik.

Signa

Einer der Großinvestoren, die besonders durch CDU und SPD profitieren werden, heißt Signa. Gleich drei Bauprojekte werden im Koalitionsvertrag genannt. Neben Kurfürstendamm und Hermannplatz wird jetzt auch die Müllerstraße hervorgehoben, an der Signa seit kurzem Anteile hat. Insgesamt kommen CDU/SPD dem Immobilienkonzern Signa, der in Österreich wegen Korruptionsverdachts angeklagt ist, sehr entgegen. Es ist zu befürchten, dass die Bebauungspläne vom neuen Senat jetzt schnell auf den Weg gebracht werden und Signa Baurecht in Aussicht gestellt wird. Gerade für den geplanten Umbau von Karstadt am Hermannplatz droht, dass der Senat dem Konzern maximal entgegen kommt. Signas Geschäftsmodell beruht auf Aufwertung und einer maximalen Verwertung von Immobilien. Das der CDU/SPD-Senat Signas Großprojekte in Berlin jetzt weiter beschleunigen will, spielt dem Konzern finanziell in die Karten – gerade auch vor dem Hintergrund steigender Zinsen und Baukosten.

A100

Im schwarz-roten Vertrag fehlt auch eine Absage an die Verlängerung der A100 durch Friedrichshain bis Prenzlauer Berg. Das ist fatal.



Hermannplatz von oben

Foto: Henry Arnold

Denn gerade hier wäre Platz für Grün- und Freiflächen, für Clubs und Kultur, für Sport und soziale Infrastruktur – und natürlich auch für bezahlbaren Wohnraum. Ganz abgesehen davon, dass der Bau durch dichtbebaute und belebte Kieze Friedrichshains das Leben tausender Friedrichshainer*innen über Jahre hinweg und darüber hinaus auf Dauer extrem belasten würde. Und das Geld verbrannt würde, das für wirklich sinnvolle Verkehrsprojekte und Klimaschutz dringend gebraucht würde.

Das Tempelhofer Feld

Mit der geplanten Bebauung des Tempelhofer Felds wenden sich CDU und SPD gegen einen erfolgreichen Volksentscheid, der genau das verhindert hat. Dabei opfern sie wichtige städtische Grün-, Natur- und Erholungsflächen, die auch für das Stadtklima wichtig sind. Auch Konzerte wären dann wegen Lärmschutz kaum noch möglich. Aus diesen Gründen lehnen wir weiterhin eine Bebauung der Ränder ab. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, den Central Park in New

York oder den Berliner Tiergarten zu bebauen.

Zunehmende Versiegelung

Mit Schwarz-Rot droht, dass immer mehr Flächen durch Bebauung versiegelt werden. Ökologische Kriterien fehlen dazu im Koalitionsvertrag. Und auch beim Thema Nachverdichtungen zählt für die Koalitionäre nur die einfachste Lösung statt der Besten. Das ist gut für Investoren, aber schlecht für Kieze und Klima. Dazu passt, dass das rot-grün-rote Ziel der Netto-Null-

Versiegelung bis 2030 komplett gestrichen wurde. Schwammig bleibt die neue Koalition beim Punkt, wie stark die Bezirke durch zentrale Vorgaben des Senats in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt werden sollen. Klar ist, es wird auch weiterhin Neubau gebraucht. Aber wenn gebaut wird, dann muss das auf bereits versiegelten Flächen erfolgen. Hier gibt es riesige Potenziale, die CDU und SPD rechts liegen lassen.

Stadtentwicklung von oben

Hinzu kommt, dass das Richtige gebaut werden muss, also preiswerter Wohnraum statt teuren Apartments. Fatalerweise wollen CDU und SPD Investoren nicht zu mehr Sozialwohnungsbauprojekten verpflichten, wie es noch rot-grün-rot vorgesehen hatte, obwohl gerade hier der Mangel ein riesenproblem ist. Weiter offen bleibt der Streit, wie die Stadt von Morgen aussehen soll. Insbesondere in Berlins historischer Mitte, am Molkenmarkt und drumherum, gibt es weiterhin starke Fürsprecher*innen für eine historisierende Stadtentwicklung. Einher geht das mit der Frage, ob wieder Landesgrundstücke an private Dritte abgegeben sollen und z.B. fragwürdige Stiftungen zum Zug kommen könnten. Eine Entwicklung, die wir ablehnen. Auch die Beteiligung von Bürger*innen bei Bauprojekten kommt im Koalitionsvertrag zu kurz. Auch das ein Rückschritt. Dabei brauchen wir dringender denn je eine kooperative Stadtentwicklung mit und für die Berliner*innen.

Julian Schwarze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Der schwarz-rote Frontalangriff auf die Bürger*innenrechte

Dass die Wahl von Kai Wegner zum neuen Regierenden Bürgermeister vermutlich mit Stimmen der AfD erfolgte, war ein denkbar schlechter Start für die neue Landesregierung. Mit Blick auf den neuen Koalitionsvertrag ist zu befürchten, dass dies nicht der einzige Dammbreach unter Schwarz-Rot bleiben wird. Der schrittweisen Liberalisierung in der Innen- und Sicherheitspolitik unter Rot-Grün-Rot wird nun ein harter Law-and-Order-Kurs entgegengesetzt. Es droht ein konservativ-autoritärer Rollback in Fragen der Inneren Sicherheit.

Populismus und Wissenschaftsfeindlichkeit

Seit Jahrzehnten gibt es in der Innenpolitik einen Trend, alle gesellschaftlichen oder sozialen Probleme mit mehr Polizei und deren Aufrüstung beantworten zu wollen. Schwarz-Rot in Berlin steht dem in nichts nach: So sollen „unverzüglich, dauerhaft und flächendeckend“ Bodycams bei Polizei, Feuerwehr und sogar beim Ordnungsamt eingeführt werden. Eine wissenschaftliche Evaluation, die bisher sogar gesetzlich festgeschrieben ist, wird zur Makulatur. Hauptargument ist der deeskalative Effekt, der Einsatzkräfte vor Übergriffen schützen soll. Ein sinnvolles Anliegen, aber stimmt das überhaupt? Wenn man sich die Studien aus anderen Bundesländern anschaut, ergibt sich ein anderes Bild: In Sachsen-Anhalt hat man Anhaltspunkte dafür gefunden, dass der Einsatz der Bodycam zu einer Eskalation in der Einsatzsituation führen kann. Auch Thüringen und Nordrhein-Westfalen kommen zu differenzierten Ergebnissen. Auf meine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus, kann auch die Innenverwaltung keine Nachweise

erbringen. Es reiche ja, dass die Polizeigewerkschaften das fordern. Das ist ein Abschied von der Sachdebatte und damit eine vertane Chance.

Gefährliche Aufrüstung

Auch Taser, also Elektroschockpistolen, sollen zum Standard für den Streifenpolizist*innen werden. Man schließe somit die Lücke zwischen Pfefferspray, Schlagstock und Schusswaffe lautet das Argument. Gleichzeitig soll jedoch die gesetzliche Einsatzschwelle für den Taser gesenkt werden und damit der Einsatz eben nicht nur als Alternative zur Schusswaffe möglich sein. Gerade Menschen unter Drogeneinfluss oder in psychischen Ausnahmezuständen sollen damit außer Gefecht gesetzt werden. Dabei verkennt Schwarz-Rot das Dilemma, dass genau bei diesen Personengruppen der Tasereinsatz die größten gesundheitlichen Folgeschäden haben kann, die sogar bis zum Tod führen können.

Mehr Überwachung

Damit nicht genug: „Videoschutz“, eine kreative Wortneuschöpfung, die einen massenhaften Eingriff in Grundrechte verharmlost und Bürger*innen in bestimmten Kiezen unter Generalverdacht stellt, soll ausgerollt werden. Studien belegen, dass dieser oftmals lediglich zu Verdängungseffekten führt. Der große Lauschangriff wird durch die Ausweitung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und der Online-Durchsuchung fortgesetzt. Heißt konkret: Die Polizei soll einfacher Handys und Computer ausspionieren können und soll dafür auch gezielt Sicherheitslücken nutzen können, um sich in die Geräte hacken zu können. Dass Sicherheitslücken genauso von Kriminellen genutzt werden können, bleibt ein unbedachtes Sicher-

heitsrisiko. All diese Vorhaben haben fragwürdige Gewinne für die tatsächliche Sicherheit, sind massive Eingriffe in Grundrechte – und zwar vor allem von unbeteiligten und unschuldigen Bürger*innen und werden den Staat Millionenbeträge kosten. Wenn das die Antworten auf die Ereignisse der Silvesternacht sein sollen, dann rauschen sie meilenweit an den Ursachen und tatsächlichen Handlungsbedarfen vorbei. Die Law-and-Order-Fraktion klatscht – evidenzbasierte Innenpolitik sieht jedoch anders aus.

Abstriche bei den Bürger*innenrechten

Apropos Evidenz, in Berlin haben wir noch unter Rot-Rot-Grün eine Polizeistudie in Auftrag gegeben, die im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Die Studie schildert sachlich und unemotional Handlungsempfehlungen im Umgang mit strukturellem Rassismus und Herausforderungen im Polizeialltag: Von mehr Kommunikationstraining in der Ausbildung über die Stärkung der Transparenz bis hin zum Ausbau der Supervision, also der professionellen und psychologischen Nachbereitung von schwierigen bis traumatisierenden Einsätzen. Durchaus viele Maßnahmen, die sowohl die Einsätze für das polizeiliche Gegenüber als auch die Arbeitsbedingungen der Polizist*innen verbessern würden. Dazu verliert Schwarz-Rot kein Wort. Genauso wenig übrigens wie zum gesetzlichen Verbot von Racial Profiling oder der Einführung von Kontrollquittungen, die Betroffenen transparent machen soll, warum sie von der Polizei kontrolliert wurden. Beide Projekte waren unter Rot-Grün-Rot bereits vereinbart, doch werden jetzt über Bord geworfen. Transparenz und Nachvollziehbarkeit polizei-

lichen Handelns ist jedoch essentiell, wenn das Ziel ist das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu stärken. Vor allem für benachteiligte, marginalisierte oder diskriminierte Gruppen ist dieser Koalitionsvertrag ein Schlag ins Gesicht. Die Durchgriffsrechte der Polizei sollen stattdessen sogar ausgeweitet werden. Der Präventivgewahrsam, also eine Haft ohne dass man eine Straftat begangen hat, soll von zwei auf fünf Tage ausgeweitet werden. Doch damit nicht genug, diese Regelung, die ursprünglich mal zur Bekämpfung von Terrorismus in die Polizeigesetze geschrieben wurde, soll nämlich vor allem im Kontext der Straßenblockaden der Letzten Generation angewendet werden. Mit Rechtsstaatlichkeit hat das wenig zu tun!

Rechtspopulistischer Kurs

Mein Fazit: Schwarz-Rot schlägt mit diesem Koalitionsvertrage einen rechtspopulistischen Kurs ein und legt die Axt an grundlegende Bürger*innenrechte – und das alles für Maßnahmen, die teilweise schon als verfassungswidrig erklärt wurden (Quellen-TKÜ), deren Wirksamkeit nicht belegt ist (Bodycams, „Videoschutz“) oder die mehr Schaden als Nutzen anrichten dürften (Taser). Selbst, wenn man nun wohlwollend den Versuch zugestehen würde, diese Maßnahmen umzusetzen, ist der Sicherheit damit nicht gedient. Denn jeder Euro, der in diese Maßnahmen gesteckt wird, fehlt an anderer Stelle. Sei es für Prävention, soziale Infrastruktur, Verkehrssicherheit bis hin zur klimagerechten Sanierung der Polizei- und Feuerwehrwachen. Dreieinhalb Jahre schwarz-rote Innenpolitik dürften die Stadt in jeder Hinsicht teuer zu stehen kommen.

Vasili Franco,
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.),
Günter Bartsch, Werner Heck,
Britta Kallmann, Rike v. Kleef,
Olja Koterewa, Lukas Probst,
Claudia Schulte, Ingo Werren,
Stefanie Wesch, Miriam Wirsing,
Ugur Yildirim

Freie Mitarbeiter*innen:

Berthe Jentzsch, Jenny Laube,
Roxana Roder, Andreas-M. Selginow

Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 4.000

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag: eine feministische Wunschliste?

Ein Blick in den schwarz-roten Koalitionsvertrag („KoaV“) verheißt im Bereich Gleichstellung zunächst einmal erstaunlich viel Gutes: Viele grüne Themen, gar eine grüne Handschrift findet sich im neuen KoaV wieder. Bei genauerem Hinsehen aber stellt sich die Frage: Ist das noch seriöse Politik oder ein großes „Wunsch-dir-was“?

Zeit für eine genaue Analyse – beginnend mit einer Wortsuche – und voilà: Feminismus bzw. feministisch taucht ganze zwei Mal im KoaV zwischen CDU und SPD auf. Einmal mehr sogar als noch im rot-grün-roten Vertrag: Von 2023 bis 2026 möchten sich CDU und SPD „dem weltweit erstarkenden Antifeminismus“ entgegenstellen. Außerdem sollen „feministische und queere Perspektiven in den Kultureinrichtungen“ gestärkt werden. Der Abschnitt zur „Regenbogenhauptstadt“ liest sich wie eine Wunschliste queer-feministischer Organisationen. Folgerichtig erklärte der Berliner Lesben- und Schwulenverband den schwarz-roten Koalitionsvertrag zum „queer-politischen Aufbruch“.

Auch **intersektionaler Gleichstellung** widmen sich Christ- und Sozialdemokrat*innen. Intersektionalität bedeutet, dass verschiedene Diskriminierungsmerkmale gemeinsam betrachtet werden und anerkannt wird, dass etwa Women of Color oder Frauen mit Behinderung für eine gleichberechtigte Teilhabe höhere Hindernisse überwinden müssen als weiße Frauen ohne Behinderung. Der Absatz im neuen Vertrag entspricht wie viele andere Teile des neuen KoaV dem Wortlaut des R2G-Vertrags. Interessant ist, welche Vorhaben weggelassen oder abgeschwächt wurden. Was sofort auffällt: Es fehlt der Gender-Stern *. Einige Vorhaben sind verschwunden oder wurden deutlich verändert.

Vage Pläne zur Bekämpfung von Frauenarmut

Entfallen ist das Vorhaben, die vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation nach Misshandlung oder sexualisierter Gewalt in jedem Bezirk sicherzustellen und Zugang zu Traumaambulanz auch ohne Anzeigepflicht zu gewährleisten. Auch gleichstellungspolitische Vorhaben im Bereich Kultur sind verschwunden. Man(n) bekennt sich nur noch zu Gleichstellung als Grundsatz.

„Wir werden Frauenarmut konsequent bekämpfen“ steht auf Seite 17. Nähere Ausführung bleibt der Vertrag – trotz seiner Gesamtlänge von 135 Seiten – schuldig. Dabei besteht dringender Handlungsbedarf: Laut Sozialbericht 2021 sind berlinweit fast ein Fünftel aller volljährigen Frauen armutsgefährdet.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit „bleibt zentrales Ziel“ der Koalition. Welche Gesetzesinitiativen sie dazu plant und mit welchen Instrumenten Einfluss auf landeseigene Unternehmen genommen werden soll, bleibt unklar. Gleiches gilt für die paritätische Besetzung von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen. Das Wort Quote findet sich (wenig überraschend) an keiner Stelle im Bereich Gleichstellung.

„Das Landesprogramm Alleinerziehende soll verstetigt werden.“ Die Anlaufstellen für Alleinerziehende in den Bezirken sollen zudem durch eine öffentliche Kampagne bekannter ge-

macht werden. Eine Regelfinanzierung von Frauenprojekten und Beratungsstellen will die Koalition schrittweise etablieren. Diese begrüßenswerten Ansätze gehen sogar über den alten KoaV hinaus. Frauenprojekte und Beratungsstellen werden bislang oft nur projektweise finanziert, obwohl der Bedarf fortbestehen wird. Stellt sich die Frage: Ist das Wunschdenken oder tatsächlich umsetzbar?

Viele Versprechungen beim Thema Gewalt

CDU und SPD versprechen zwei weitere barrierefreie Frauenhäuser unter Berücksichtigung der männlichen, jugendlichen Kinder betroffener Frauen. Das ist wichtig, denn Berlin stellt aktuell nur etwa die Hälfte der erforderlichen Schutzplätze bereit. Viele von Gewalt betroffene Frauen scheuen sich, vor den Gewalttätern zu fliehen, weil ihre jugendlichen Söhne keinen Platz im Frauenhaus erhalten. Auch an der Barrierefreiheit mangelt es bisher – ein gravierender Verstoß gegen internationale Konventionen. Da Räume schwer zu finden sind in Berlin, sind der Koalition bei diesem Vorhaben nur die Daumen zu drücken.

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag widmet dem Thema Gewalt mehrere ausführliche Abschnitte. Allerdings müssen wir kritisch beobachten, ob Maßnahmen die vorgeblich der Steigerung der Sicherheit dienen, nicht vielmehr Diskriminierungen einzelner Bevölkerungsgruppen durch Sicher-



Demoteilnehmerinnen

Foto: Sonja Gerth

heitskräfte legitimieren sollen. CDU und SPD schreiben im KoaV, dass Kontrollen von Personen aufgrund „polizeilicher Erfahrungswerte“ zulässig bleiben sollen – das ist weit entfernt von einer Verurteilung des verfassungswidrigen „racial profiling“. Repressive Maßnahmen sind also Teil des KoaV, was hingegen fehlt ist der Landesaktionsplan gegen Gewalt. Der Katalog präventiver Maßnahmen der Vorgängerregierung ist komplett verschwunden.

Im Bereich der Gesundheitsvorsorge sind konkrete Leitlinien für die Schwangerenkonfliktberatung weggefallen. So wollte die alte Koalition Banneilen rund um Beratungsstellen prüfen und Informationen über Beratungsstellen niedrigschwellig

anbieten. Im neuen KoaV fehlen diese Aspekte. Immerhin soll der Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln bestehen bleiben. Im Bereich der Sexarbeit und Prostitution zeigt sich eine Verschiebung der Vorhaben weg von der Unterstützung von Sexarbeiter*innen hin zu Ausstiegprojekten.

Begrüßenswert ist das Bekenntnis zur Frauenförderung im Spitzensport. Die Koalition will Frauenteam unterstützen und neben Tischtennis und Basketball weitere Erstliga-Teams fördern.

Bei der politischen Beteiligung von Frauen lässt ein Blick auf die Machtverteilung in CDU und SPD wenig Entschlossenheit erwarten. Laut Koalitionsvertrag soll die Möglichkeiten eines Paritätsgesetzes „geprüft“ wer-

den. Übersetzt heißt das: Das Vorhaben wird auf die lange Bank geschoben bis Neuwahlen anstehen.

Die Finanzierung ist der Knackpunkt

Mit Enttäuschung stellen wir fest, dass das Gender Budgeting als ein international anerkanntes Gleichstellungsinstrument nicht vertieft wird. Gender Budgeting besagt, dass alle haushaltspolitischen Posten vor Verabschiedung des Budgets geschlechtssensibel analysiert und dann geschlechtergerecht verteilt werden sollen. Ein vereinfachtes Beispiel aus der Verkehrspolitik: Analysen zufolge bewegen sich im motorisierten Individualverkehr (Autos) mehr Männer, während Frauen eher den ÖPNV nutzen. Wird nun mehr Geld für den Autoverkehr bereitgestellt, fördert die Politik indirekt stärker Männer als Frauen.

Während die alte Koalition die Implementierung eines Controlling und Gender Budgeting Referats, Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie die Einrichtung eines Beirates aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft festgeschrieben hatte, heißt es im neuen Koalitionsvertrag lapidar: „Wir werden das Berliner Gender Budgeting weiterentwickeln.“ Hoffentlich hat auch der neue Finanzsenator Stefan Evers von diesem Vorhaben gehört!

Die Finanzen sind der große Knackpunkt der koalitionsvertraglichen Ideensammlung. Es bleibt fraglich, aus welchen Mitteln die vielen Vorhaben umgesetzt werden sollen. Der Berliner Haushalt kann nicht einfach aufgestockt werden. Die gleichstellungspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Bahar Haghani-pour, hat bereits darauf hingewiesen, dass Frauenhausplätze und die Verstärkung von Beratungsstellen Millionen kosten. Sie zweifelt daran, dass dies bei den Haushaltsverhandlungen durchkommen wird. Es scheint, als müssten wir die neue Regierung daran messen, was tatsächlich umgesetzt wird. Angesichts der kurzen Zeit bis zur nächsten Wahl, könnte schwarz-rot durchaus zur Koalition der gebrochenen Versprechen werden.

■ Sonja Gerth und Alina Zimmermann

„Der seltene Fang“: Gewalt gegen Fabelwesen?

Wieder einmal hat die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen mit einem Antrag (DS/0662/VI) nicht nur in der BVV und ihren Ausschüssen eine Art Kulturkampf ausgelöst. Mit dem Antrag haben wir ein Anliegen der Initiative Nixen- und Meerfrauen*solidarität aufgegriffen, der wir nun Gelegenheit bieten wollen, auch hier im Stachel auf die in diesem teilweise sehr aufgeregten Diskurs vorgebrachten „Vorwürfe“ zu reagieren.

Wir als Initiative Nixen- und Meerfrauen*solidarität sowie andere Gruppen kritisieren seit Jahren, dass die Bronzeplastik „Der seltene Fang“ von E. Herter (1896) sexualisierte Gewalt normalisiert. Die Grünen haben jetzt einen Antrag zur Kontextualisierung der Skulptur, die am Fuße des Wasserfalls im Viktoriapark in Kreuzberg steht, in die BVV eingebracht und dadurch eine Debatte ausgelöst. Die Initiator*innen wollen mit ein paar Missverständnissen aufräumen:

Die Skulptur soll weg

Wir wollen die Bronze nicht entfernen oder gar einschmelzen. Wir wollen eine Diskussion darüber anzustoßen sowie die Wirkung der Darstellung durch eine Kontextualisierung bzw. eine künstlerische Intervention herauszufordern. Das soll eine kritische Auseinandersetzung anregen. Freiheit der Kunst heißt nicht, dass Kunst nicht kritisiert werden darf.

Unsere Interpretation ist rein subjektiv

Auch vor unserer Initiative haben Menschen auf die Problematik hinge-

wiesen und am 14. Mai fand an der Skulptur eine von uns unabhängige feministische Protestaktion statt. In Gesprächen haben wir erfahren, dass Menschen sich bereits an der Darstellung gestört haben oder aber dankbar für die Sensibilisierung sind.

Wir wollen eine Interpretation vorschreiben

Wir wünschen uns keine „verbindliche Interpretationshilfe“, wie Herr Denecke (die PARTEI) vermutet. Vielmehr wünschen wir uns Raum für eine zusätzliche Interpretation, nämlich die, dass die Skulptur vergeschlechtlichte Gewalt normal erscheinen lässt. Die Auslegung als unproblematische Kunst bekommt bereits Raum – sonst stünde die Skulptur nicht prominent im öffentlichen Raum.

Die Bronze zeigt keine Frau, sondern ein Fabelwesen

Der Körper der Meerfrau weicht kaum von dem eines weiblich gelesenen Menschen ab. Anders als bei der heute üblichen Darstellung, ist ihr Unterleib kein Fischeschwanz. Sie hat zwei Beine und eine angegedeutete Vul-



Skulptur des Anstoßes

Foto: Ugur Yildirim

va. Außerdem werden Meerfrauen auch als Fabelwesen als weiblich wahrgenommen. Über sie werden reale Geschlechterverhältnisse verhandelt.

Uns stört die Nacktheit der Skulptur

Wir stören uns ausdrücklich nicht an der Darstellung von Nacktheit oder Sexualität. Wir stören uns an der Darstellung einer Szene, die damit spielt, dass die Nixe im nächsten Moment vergewaltigt wird und die das als etwas Ästhetisches und Normales erscheinen lässt.

Wenn wir diese Skulptur kritisieren, müssten wir auch andere Skulpturen kritisieren

„Der seltene Fang“ ist selbstverständlich nicht Berlins einzige problematische Darstellung im öffentlichen Raum. Gruppen wie Berlin Postkolonial kritisieren etwa schon lange die Glorifizierung des Kolonialismus im Stadtbild. Dass viel kritisiert werden kann, bedeutet für uns nicht, dass man lieber gar nichts kritisieren sollte.

Die Diskussion hilft Opfern sexualisierter Gewalt nicht

Mit unserer Initiative wollen wir dafür sensibilisieren, dass sexualisierte Gewalt ein Teil der Kultur ist, die uns umgibt. Diese macht reale sexualisierte Gewalt wahrscheinlicher und schadet Betroffenen. Dazu tragen auch Kunstwerke wie „Der seltene Fang“ bei. Unsere Initiative ergänzt Maßnahmen, die sich dafür einsetzen, sexualisierte Gewalt sichtbar zu machen und zu bekämpfen.

■ Ulli und Lucia von der Initiative Nixen- und Meerfrauen*solidarität

Entsiegeln und pflanzen: Mit mehr Grün den Klimafolgen begegnen

In dieser Wahlperiode stehen alle Zeichen auf Entsiegelung: Überall, wo es geht, soll der Asphalt weichen. So kann Wasser versickern und der Bezirk wird Stück für Stück zu der grünen Oase, die wir uns wünschen und die notwendig ist, um die Folgen der Klimakrise abzumildern. Denn auf diesem Wege leisten wir unseren Beitrag, damit Berlin endlich zur Schwammstadt wird. Am Görlitzer Ufer werden künftig nur Radfahrende und Fußgänger*innen unterwegs sein. Zusätzlich planen wir dort die Entsiegelung asphaltierter Flächen. Im Graefekiez sollen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens auch Parkplätze entsiegelt und gemeinschaftlich bepflanzt werden. Auch in der Gärtnerstraße verschwindet teilweise der Asphalt. Sie bekommt neben einer Fahrradstraße mehr Platz für Grün. Am Halleschen Ufer wurde dem Bezirksamt Ende April der Förderbescheid des Bundesministeriums für Bauen und Wohnen in Höhe von 3 Millionen Euro zur Schaffung einer „blau-grünen Promenade“ übergeben.

Auch am Lausitzer Platz wurde vor kurzem entsiegelt. Parkplätze, die seit der Öffnung des Platzes umgenutzt wurden, wurden nun für die Zeit zwischen Beteiligungsveranstaltungen und Planungsphase von Pflastersteinen befreit. Dadurch sind 450 Quadratmeter Fläche entstanden, die mit Mutterboden aufgefüllt wurden und nun darauf warten, von engagierten Anwohner*innen bepflanzt und gepflegt zu werden. Wie wichtig das Engagement der Xhainer*innen für die Umsetzung unserer Maßnahmen ist, zeigen auch die beiden Formate „Runder Tisch Artenschutz“ und das „Fachgespräch Grüne Pflege“, die wir für den Austausch mit Bürger*innen und Initiativen etabliert haben. Hier können alle Interessierten mit den Kolleg*innen aus den Fachbereichen

ins Gespräch kommen und gemeinsam Maßnahmen in den Kiezen koordinieren. Dieser Austausch ist auch für mich enorm wichtig. So bleibe ich stets nah an den Themen, die Anwohner*innen beschäftigen und erfahre aus erster Hand, wo der Schuh drückt. Gemeinsam Maßnahmen zu diskutieren, hilft Brücken zu finden zwischen wünschenswertem Ideal und dem, was machbar ist. Meine Mitarbeiter*innen und mich freut es immer wieder, zu sehen, wie hoch der Anspruch der Anwohner*innen an Klimaschutzmaßnahmen ist. Das spornt uns an, mit aller Kraft das Machbare Stück für Stück dem Idealzustand anzunähern.

Ein wichtiger Bestandteil unserer Bestrebungen, den Bezirk grüner zu machen, ist das Hofbegrünungsprogramm, das in Kooperation mit dem Stadtteilausschuss Kreuzberg e.V. umgesetzt wird. Bewohner*innen können sich sowohl in Friedrichshain als auch in Kreuzberg beraten lassen, wie sie einen Beitrag zu einem besseren Stadtklima leisten können. Sie werden beispielsweise darüber informiert, welche Pflanzen besonders für ihren Standort geeignet sind oder welche besonders bestäuberfreundlich sind. Außerdem können sie nach der Grünberatung eine Förderung für ihre Hofbegrünung beantragen.

Aus diesem Programm quasi hervorgegangen ist auch die Bepflanzung einer Grünfläche am Weidenweg. In einer Kooperation zwischen der Bürgerinitiative „Grüne Höfe Berlin“, dem NABU, dem Arbeitskreis des Naturschutzprojekts Urbanität & Vielfalt und der Unteren Naturschutzbehörde (Umwelt- und Naturschutzamt) unseres Bezirks wurden seltene heimische Wildblumen und Gräser ausgepflanzt. Die insgesamt ca. 1.500

Pflanzen stammen zum Teil aus einem Bestand, der vor Baumaßnahmen gerettet wurde. Dazu gehören 13 in Berlin teils stark gefährdete Arten. Durch diese Aktion wurde nicht nur Straßenland begrünt, sondern auch ein wichtiger Beitrag zu Vielfalt und Artenschutz geleistet.

Während ich mich über viele Entsiegelungen und Pflanzungen freue, besorgt mich nach wie vor am meisten

der Zustand unserer Stadtbäume. Viele Bäume sind aufgrund der zunehmenden Trockenheit, aber auch durch weniger ideale Standorte bedroht und müssen in letzter Konsequenz oftmals gefällt werden. Was zurückbleibt, sind nicht selten leere Baumscheiben, wie man den Erdboden rund um die Bepflanzung nennt. Nachpflanzungen sind dort nicht immer möglich, weil sich das Wurzelwerk aufgrund von

Leitungen etc. nicht entfalten und richtig anwachsen kann. Wer genau hinschaut, sieht überall schon jetzt im Bezirk bepflanzte Baumscheiben, die oftmals von Anwohner*innen in Eigenregie gepflegt werden. Mein Ziel ist es, dort, wo viele Baumscheiben „leer stehen“, alternatives Grün in Gestalt von Sträuchern zu pflanzen. Ein Vorstoß in dieser Richtung wird zeitnah in der Rigaer Straße umgesetzt.

In einem Pilotprojekt testet das Bezirksamt aktuell, wie Baumstandorte klimaresilient eingerichtet werden können. Damit Straßenbäume auf Dauer wachsen, alt werden und einen positiven Effekt auf das Stadtklima haben, braucht es neue Herangehensweisen. Besonders wichtig ist die Schaffung von Baumstandorten, die ausreichend Wurzelraum bieten, eine gute Belüftung der Wurzeln sicherstellen, Wasserhaltestoffe enthalten und in Dürreperioden bewässert werden können. Insgesamt sollen in der ersten Stufe an 32 Standorten Bäume mit Kosten in Höhe von 400.000 Euro gepflanzt werden.



Viel Platz zum Entsiegeln

Foto: Lukas Probst

■ Annika Gerold,
Bezirksstadträtin für Verkehr,
Grünflächen, Ordnung und Umwelt

Never ending story oder spätes Happy End?

Mit Verkehrspolitik aus dem letzten Jahrtausend werden wir die Bedarfe unserer Stadt nicht decken. Statt weiter auf Benzin und Beton zu setzen, die Lärm, Abgase und Stress produzieren, müssen wir uns endlich vom FDP-Prestige-Projekt A100 verabschieden und den Raum für Wohnungen, Kultur und soziale Einrichtungen erhalten.

Manche politischen Konflikte sind so alt, dass sie gleich mehrere Epochen überdauern. Die ersten Planungen der A100 gehen bis in die 1960er Jahre zurück, seit den 1970ern wird gebaut und auch im Jahr 2023 scheint das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium nicht müde zu werden, das Projekt Berliner Stadtautobahn entgegen der Ampel-Koalitionsvereinbarungen weiter voranzutreiben.

Ein Projekt, das völlig aus der Zeit gefallen ist, angesichts der deutschen Verpflichtung zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits, eines wegweisenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2021 und des sich hierzulande und in der gesamten Welt immer massiver zeigenden Klimawandels.

Koalitionsverträge ohne eindeutige Linie

Der noch nicht begonnene 17. Bauabschnitt umfasst die Fortsetzung der A100 vom Treptower Park durch Friedrichshain und Lichtenberg bis zur Storkower Straße im Prenzlauer Berg. Verkehrsexpert*innen schätzen die Kosten für den 4,1 Kilometer langen Abschnitt auf bis zu eine Milliarde Euro, also fast eine Viertel Milliarde pro Kilometer. In dieser Rechnung fehlen natürlich die sozialen, ökologischen und kulturellen Kosten, die der Weiterbau mit sich brächte. Die Trasse soll in einem Gebiet entstehen, das heute durch Wohnen, Gewerbe und Kulturbetriebe (darunter bekannte Berliner Clubs) geprägt ist. Wegen fehlender Ausweichmöglichkeiten im dicht besiedelten Osten der Stadt, werden viele von ihnen unwiederbringlich verdrängt. Gerade in der zentralen Lage gibt es einen Mangel an Flächen für den sozialen Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen

sowie für kulturelle Nutzung. Solche Nutzungen bieten aber Vorteile für fast alle Bevölkerungsgruppen, weit über die kleine Gruppe der Haushalte mit eigenem Pkw hinaus. Schließlich bieten die Flächen auf der Trasse viel Platz für die Vision einer bunten, vielfältigen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung.

Die Grünen im Bund haben im Ampel-Koalitionsvertrag mit SPD und FDP festgeschrieben, dass der Bundesverkehrswegeplan (in dem der 17. Bauabschnitt steht) im Konsens überarbeitet wird und bis dahin keine Fakten geschaffen werden. Im Rot-Grün-Roten Landes-Koalitionsvertrag von 2021 konnten wir vereinbaren, dass Planung und Bau des 17. Bauabschnitts der A100 durch die Landesregierung „nicht weiter vorangetrieben“ werden. Die neue Regierung aus CDU und SPD will den bereits begonnenen 16. Bauabschnitt (von der Grenzallee bis zum Treptower Park) fertigstellen. Wie sie sich zum 17. Bauabschnitt positioniert, bleibt im Koalitionsvertrag offen und so bleibt die Situation in den betroffenen Gebieten geprägt von Unsicherheit und der Sorge vor einer von Lärm und Abgasen geprägten Zukunft.

Unsinnig und verantwortungslos

„Der Weiterbau der A100 ist und bleibt nicht nur verkehrspolitischer und klimapolitischer Wahnsinn, sondern auch stadtentwicklungspolitischer Unsinn“, sagt die Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksstadträtin für Verkehr, Annika Gerold. „Was wir brauchen, sind Investitionen in die Zukunft: Verkehrswende statt Beton!“

Dem schließt sich Filiz Keküllüoğlu an, Bezirksstadträtin in Lichtenberg:

„Wir halten den Weiterbau der A100 für verantwortungslos. Die Autobahn wird nicht nur wertvolle soziale Infrastruktur zerstören, sondern auch die umliegenden Viertel mit Abgasen und Lärm belasten. Wir wollen stattdessen, dass die Ressourcen in nachhaltige, klimaschonende und sozial gerechte Mobilität investiert werden.“ Bestätigen kann diese Befürchtungen Jochen Biedermann, Bezirksstadtrat in Neukölln, in dessen Bezirk der 16. Bauabschnitt verläuft: „Der 16. Bauabschnitt hat eine Schneise aus Beton durch ehemals blühende Kleingärten in Neukölln geschlagen. Er wird trotzdem zu mehr Verkehr durch unsere Wohnkiese führen – immer dann, wenn die Navis es für die schnellere Route halten.“

Unser Widerstand hält an

Seit Jahren kämpfen Grüne auf verschiedenen Ebenen gegen die Verlängerung der Autobahn. Schon 2012 hat das grün-geführte Bezirksamt von Friedrichshain-Kreuzberg unter Führung von Bezirksbürgermeister Franz Schulz beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Verlängerung geklagt. Und unser Widerstand ist ungebrochen. In den betroffenen Bezirken organisiert sich die Zivilgesellschaft – und unsere grünen Kreisverbände in Neukölln, Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Friedrichshain-Kreuzberg stehen ihr zur Seite.

Für eine echte Mobilitätswende, lebenswerte Kieze und eine Stadt für alle Berliner*innen.

■ Julian Schwarze,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

■ Jenny Laube,
Geschäftsführender Ausschuss

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: +49 30 614 31 46

Kreisgeschäftsführerin: Tinka Schmidt

Bürozeiten:

Di: 15:00-18:00 Uhr, Do: 12:00-15:00 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss

Monika Herrmann, Philip Hiersemenzel,
Sebastian Kitzig, Jenny Laube,
Dorothee Marquardt, Alina Zimmermann

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr.

B. a. W. digital. Für Details, siehe

www.gruene-xhain.de/termine

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: +49 30 90 298 25 90

Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

Bürozeiten:

Mo: 11:00-16:00 Uhr, Mi: 9:00-18:00 Uhr

Fraktionsvorstand:

Vito Dabisch, Karl-Heinz Garcia Bergt,
Sarah Jermutus, Olja Koterewa,
Silvia Rothmund, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: +49 30 66 76 30 00

Treffen: Mo 19 Uhr



Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin

E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion.berlin

Fon: +49 30 2325 2401

Turgut Altuğ, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2430

Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2408

Werner Graf | Fon: +49 30 2325 2437

Antje Kapek | Fon: +49 30 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2474

Julian Schwarze, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2444

Vasili Franco, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2408

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz und

Antje Kapek | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 – 10997 Berlin

Fon: +49 30 5210 1794

Dr. Turgut Altuğ, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 – 10963 Berlin

Fon: +49 30 2362 9300

Vasili Franco und Julian Schwarze

Kreutzigerstraße 8 – 10247 Berlin

Fon: +49 30 2556 0770

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost

www.bayram.gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: +49 30 2277 8144

Wahlkreisbüro:

canan.bayram.wk@bundestag.de

Kreuzberg: Dresdener Str. 10 – 10999 Berlin

Fon: +49 30 6165 6961

Friedrichshain: Schreinerstr. 6 – 10247 Berlin

Fon: +49 30 46 79 35 30

Die Investitionsplanung im Bezirk

Regelmäßig wird die Investitionsplanung in Berlin angepasst, so auch hier im Bezirk alle zwei Jahre durch die Bezirksverordnetenversammlung auf Basis eines Entwurfs des Bezirksamts. In der Investitionsplanung wird aufgeführt, was der Bezirk in den nächsten Jahren investieren will. Dabei geht es in der Regel um Neubau oder Sanierung.

Vor kurzem wurde die Planung der Jahre 2023-2027 mit einem erweitertem Planungshorizont bis 2032 beschlossen. Neben der Investitionsplanung gibt es auch noch andere Bau-Programme, dies betrifft aber nur wenige Projekte. Alle großen Maßnahmen mit einem Volumen über 5,5 Millionen Euro müssen von den Bezirken auf der Senatsebene angemeldet werden, die dann entscheidet, was davon umgesetzt wird. Viele dringende Baumaßnahmen werden deswegen immer und immer wieder verschoben. Kleinere Bauvorhaben (unter 5,5 Millionen) kann der Bezirk eigenverantwortlich umsetzen, er hat dafür aber nur einen sehr kleinen Etat, etwas unter 5 Millionen, der auch mit den Jahren nicht steigt, was durch die Inflation eine faktische Kürzung darstellt. Bei allen Maßnahmen werden die Baupreise angepasst, was gerade in den letzten Jahren zu teils deutlichen Kostensteigerungen geführt hat.

Sanierungsstau und kein Ende in Sicht

Höchste Priorität für die Baumaßnahmen, über die der Bezirk alleine entscheiden kann, hat der Abschluss laufender Bauvorhaben. Was selbstverständlich klingt, führt aber dazu, das nur absolut notwendige Sanierungen neu angefangen werden, alle anderen Projekte sind verschoben worden.

Hauptaugenmerk für den Bezirk sind die Schulen, deren Sanierung aber sehr teuer ist und die deshalb bei Senatsebene angemeldet wurden. Immerhin: Über Schulneubauten, die auch dringend notwendig sind, entscheidet die entsprechende Senatsebene direkt.

Friedrichshain-Kreuzberg braucht dringend ein neues Rathaus. Der Standort in Kreuzberg in der Yorkstraße ist marode, der Verfall wird nur durch ständige Ausbesserungsarbeiten verzögert. Eine grundlegende Sanierung ist längst überfällig, wurde von der Landesebene aber immer verschoben. Das Rathaus in Friedrichshain befindet sich in einem gemieteten Standort, der Mietvertrag wurde mehrfach zu immer höheren Mietkosten verlängert, die jetzt schon weit über den Richtlinien des Landes für Büroflächen der Verwaltung liegen. Das Ende dieses Standortes ist absehbar. Ein geplanter Neubau auf bezirkseigener Fläche in der Nähe des Ostbahnhofes ist möglich, aber es fehlt die Zusage des Senates.

Der Bezirk ist unterversorgt

Wohin also geschaut wird, der sogenannte Sanierungsstau wird nicht abgebaut, er wird vor sich hergeschoben. Dabei ist und bleibt der Bezirk in vielen Bereichen deutlich unterversorgt, obwohl es einen gesetzlichen Anspruch gibt: Grünflächen, Sportanlagen, Schwimmbäder (in Kürze wird es kein funktionierendes Hallenbad im Bezirk mehr geben), Bibliotheksangebote. Die Liste lässt sich lange fortführen. Und über allem schwebt der im Bezirk erklärte Klimanotstand. Die Maßnahmen, um ihm zu begegnen, sind oftmals noch nicht einmal geplant, vom Beginn der Umsetzung ist der Bezirk weit entfernt.

■ Karl-Heinz Garcia Bergt, Bezirksverordneter

Wohngeldnovelle: Katastrophe mit Ansage

Seit dem 1. Januar 2023 hat sich der Kreis der Antragsberechtigten für Wohngeld erheblich erweitert. Im Grunde eine gute Sache. Dennoch gab es schon sehr frühzeitig Warnungen und Skepsis seitens der für die Antragsbearbeitung generell zuständigen Bezirke – unter anderem auch seitens aller 12 Sozialstadträt*innen, gleich welcher politischen Couleur – hinsichtlich erwartbarer Probleme bei der Umsetzung.

Fehlendes Personal

Zum einen wurden den Bezirken die notwendigen Personalstellen für die erwartbare erhöhte Zahl an Anträgen vom Land Berlin erst sehr kurzfristig überhaupt zugesichert (die Antragsengänge hatten sich in den ersten Januarwochen in Berlin tatsächlich bereits mehr als verdoppelt). Deshalb war es von vornherein illusorisch, die zusätzlichen Stellen rechtzeitig zum 1. Januar 2023 zu besetzen. Zwar hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, nicht zuletzt auch dank des Einsatzes der Serviceeinheit Personal und auf gemeinsames Betreiben der Bürgermeisterin Clara Herrmann und des Sozialstadtrates Oliver Nöll, bei den notwendigen Stellenausschreibungen „den Turbo angeschmissen“ und bereits mehr als die Hälfte der Stellen ausschreiben und auch besetzen können. Dennoch entstand – wie leider zu erwarten – ein großer Rückstau der zu bearbeitenden Wohngeldanträge.

Raumangel und Digitalisierung

Zum anderen – und dabei handelt es sich um ein bekanntes und leider klassisches Problem, welches auch andere Fachämter haben – gibt es schlicht und ergreifend keine Büro-

flächen für die neuen Arbeitskräfte. Inzwischen ist es dem Bezirksamt gelungen, für die Wohngeldstelle neue Räume anzumieten, die zuletzt vom Pandemieteam in der Klosterstraße genutzt wurden. Und auch die (nicht vorhandene) Digitalisierung der Verwaltung ist ein weiterer Mangelfaktor.

Die Bürger*innen können (zumindest, wenn sie schon vor dem 1.1.23 berechtigt gewesen sind) ihre Anträge zwar zu einem größeren Teil online stellen – jedoch muss das Amt die Unterlagen dann ausdrucken und eine Papierakte anlegen. Die Bearbeitungszeit für die Wohngeldanträge lag bis 31.12.2022 im Schnitt noch bei 4 bis 6 Wochen. Aktuell sind es in Friedrichshain-Kreuzberg knapp 16 Wochen (nur Lichtenberg und Steglitz-Zehlendorf brauchen noch länger). Das Amt kommt einfach nicht mehr hinterher. Das führt dazu, dass auch Personen, die bereits im Wohngeldbezug sind, aktuell ohne Bescheid sind und ihre Bewilligung mit dem 31. März 2023 ausgelaufen ist. Das kann existenzielle Folgen haben.

Überbrückungshilfen

Deshalb verwundert es nicht, wenn sich verzweifelte Anfragen von

Bürger*innen häufen. Denn gerade auch in der aktuellen Situation von Inflation und Existenzangst ist ein solches „In-der-Luft-Hängen“ für die Betroffenen furchtbar. Das ganze Thema ist aktuell berlinweit eine Katastrophe, derer sich unser Bezirksamt mit größter Energie angenommen hat und sein Bestes gibt, um den Bearbeitungsrückstand aufzuholen. Dennoch werden derzeit andere Leistungsstellen wie die Sozialen Wohnhilfen und das Jobcenter sensibilisiert, um – sollten Bürger*innen aufgrund ausbleibender Wohngeldzahlungen in Not geraten – Überbrückungshilfen zu leisten.

Deshalb an dieser Stelle der dringende Rat, sollte aufgrund ausbleibender Wohngeldzahlungen die Gefahr von Mietrückständen bestehen, stehen den Bürger*innen Leistungen anderer Stellen zur Überbrückung zu. Hier geben neben den Mieter*innenberatungen, das Sozialamt und das Jobcenter entsprechende Auskünfte.

■ Magnus Heise und Claudia Schulte, Bezirksverordnete

Bestehende Flächen effizienter nutzen

Wie können wir hier neuen Wohnraum schaffen, ohne den Bezirk noch weiter zu versiegeln oder reihenweise Hochhäuser zu errichten? Für uns Grüne ist das eine zentrale Frage.

Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins, rund 14.000 Menschen leben hier auf einem Quadratkilometer. Zum Vergleich: In Treptow-Köpenick sind es nur 1531. Und doch lockt unser Bezirk weiterhin immer mehr Menschen aus aller Welt an, die hier ein Zuhause suchen.

Warum Neues bauen, wenn der Bestand nicht entsprechend genutzt wird?

Der Bezirk ist bemüht, gegen Zweckentfremdung von Wohnraum, also zum Beispiel gegen Leerstand und Wohnen auf Zeit, vorzugehen. Wohnungen stehen absichtlich leer, da sie oft eine höhere Rendite abwerfen als vermietete Wohnungen. In der vergangenen Legislaturperiode wurde insgesamt 2.677 Hinweisen von Bürger*innen auf möglich illegalen Leerstand nachgegangen. Die Dunkelziffer liegt aber weit höher. Insgesamt konnten nur 568 Wohnungen wieder Wohnzwecken zugeführt werden – der Handlungsbedarf für ein schärferes Gesetz, mehr Kompetenzen und mehr Personal ist also hoch. Aber auch die illegale Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnungen ist ein gravierendes Dauerproblem im Kampf um bezahlbaren Wohnraum: Laut dem aktuellen Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin (IBB) werden in Berlin mehr möblierte, befristete Wohnungen inseriert als unbefristete Mietwohnungen. Auf Landesebene wird von den Grünen ein entsprechendes Gesetz vorbereitet, dass diese Zweckentfremdung besser unterbinden soll. Dazu müssen die Bezirksämter auch personell aufgestockt werden, um hier stärker

kontrollieren und jeder Anzeige nachgehen zu können.

Außerdem fordern wir Grüne das Recht auf Wohnungstausch, um Menschen den Tausch bei gleichbleibenden Konditionen in bedarfsgerechte Wohnungen zu ermöglichen. Gerade für Senior*innen, die in großen Wohnungen leben, aber keine kleineren Wohnungen zu erschwinglichen Preisen finden, könnte dieser Rechtsanspruch wichtig sein. In einem BVV-Antrag haben wir deshalb Friedrichshain-Kreuzberg als Pilotbezirk für eine bezirkseigene Wohnungstauschbörse auch mit privaten Unternehmen vorgeschlagen.

Aufstocken und Mischnutzungen fördern

Aber auch bauliche Maßnahmen können zu einer Schaffung von effizientem Wohnraum beitragen. Ex-Senator Geisel hatte 2022 gemutmaßt, dass er Potenzial für Dachgeschosswohnungen „im fünfstelligen Bereich“ in Berlin sieht. Eine Studie der Grünen aus 2016 bekräftigt diese Zahl. Von der Ausschöpfung dieses Potenzials scheint unser Bezirk noch weit weg zu sein. Im Jahr 2021 wurden 57 Anträge auf Dachgeschossausbau

gestellt (43 davon genehmigt) und bis August 2022 nur 39 beantragt. Aber auch eingeschossige Gewerbebauten, z.B. Supermärkte, können aufgestockt werden. Auf Anfrage der Grünen in der BVV hat das Stadtentwicklungsamt zwölf Standorte identifiziert, auf denen eine entsprechende Aufstockung Sinn machen könnte. Das Problem hierbei: Es gibt keine rechtliche Handhabe, die Eigentümer zu verpflichten, auf den Flachbauten Wohnfläche zu errichten. Hier ist man auf die Bereitschaft der Unternehmen angewiesen, aber anscheinend gibt es solche, die sich mit Aufstockungen anfreunden können. Leider gibt uns das Bundesbaurecht zu wenig Kompetenzen, um hier feste Vorgaben machen zu können – was absurd ist, denn wir hier vor Ort sind diejenigen, die mit der gebauten Realität leben müssen.

Wir Grüne wollen möglichst viel Grün erhalten, aber auch gleichzeitig allen ein Zuhause geben – das ist ein Spannungsfeld und eine Mammutaufgabe. Und die eine Lösung gibt es nicht, sondern viele verschiedene Ansätze, die wir umsetzen wollen.

■ Maria Haberer, Bezirksverordnete

AUSSTELLUNG

zum Weltflüchtlingstag 2023



Vernissage: 23.06.2023 18-22 Uhr

Peace Train Berlin e.V. – جمعیه قطار السلام برلین

präsentiert zum Weltflüchtlingstag 2023
ein kulturelles Event der Bildenden- und Darstellenden Kunst


Roda Mehrez


Sofia Holubeva


Raghad Habachia


Mohammad B. Eldae


Valeria Skrybchenko


Aiyah Hamwi


Yiki Berg


Andrii Phyndin


Majdeddin Houmsi


Anastasia Pasechnik


Jehad Hannun


Khadija Alhelou


Kunstprojekt Hanau


CvO


Juli Idrees


Aboudi & Fero


Shadore


Marsa Band

24.06. – 9.07.2023

Öffnungszeiten:
Dienstag 27.06. 18-21 Uhr
Freitag 30.06. 18-21 Uhr
Samstag 1.07. 18-21 Uhr
Sonntag 2.07. 18-21 Uhr
Donnerstag 6.07. 19 Uhr Führung
Samstag 8.07. 18-21 Uhr
Sonntag 9.07. 16 Uhr Finissage

Kiezraum auf dem Dragoner-Areal
hinter dem Finanzamt Kreuzberg
10963 Berlin, Mehringdamm 20-28
U-Bahnhof Mehringdamm






Neugründung der AG Stadt

In Friedrichshain-Kreuzberg wird es bald eine Neuaufgabe der AG Stadt geben, um diese Ideen im Austausch von Landes- und Bezirksebene zu diskutieren und die Expertise aus der Grünen Bezirksbasis zu nutzen. Kommt gerne vorbei und meldet Euch bei Interesse.

Schreibt gerne an Katrin Schmidberger:
katrin.schmidberger@gruene-fraktion.berlin

Wenn die Wiese ein Platz für Kinder wird – Mobile Angebote der Jugendhilfe in unserem Bezirk

Nam (5), Marvin (5) und Sophia (7) freuen sich, denn wie jeden Dienstag sind sie verabredet. Sie haben sich vor drei Jahren bei einem Angebot des Spielwagens auf der Wiese des Traveplatzes kennengelernt und sind seitdem fast jeden Dienstagnachmittag da – von Frühjahr bis Herbst, wenn das Spielmobil kommt. Gemeinsam eroberten sie erst Bälle, Reifen und Roller, später dann Balancierbretter, Stapelsteine und Kletterstrecken. Nam, Marvin und Sophia besuchen unterschiedliche Kitas. Trotzdem haben die drei Freundschaft geschlossen. Es eint sie die Begeisterung für das freie Spiel, für das Ausprobieren, für das Scheitern und das Gelingen. Eine Begeisterung, die sie mit jedem Kind im Bezirk, mit jedem Kind auf dieser Welt teilen.

Der Spielwagen ist ein anerkannter Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Idee dafür ging aus einer Elterninitiative hervor, die ab 1989 im dicht bebauten Altbaugebiet zwischen Ostkreuz und Landsberger Allee thematische Spielaktionen als eigenständige Veranstaltungen an den Wochenenden anbot. 1991 wurde der Verein Spielwagen 1035 e. V. gegründet und seit 1992 wird die Spielmobilarbeit von professionellen pädagogischen Mitarbeiter*innen ausgeführt. In der Saison (April–Oktober) fährt



Fahrergeräte auf dem Boxhagener Platz

Foto: Olja Koterewa

der Spielwagen jeden Wochentag einen anderen Platz im Bezirk an und baut neben der Standardausrüstung hochwertiger Spiel-, Sport- und Fahrgeräte wechselnde thematische Spielaktionen als Mittelpunkt des Angebots auf. Die Kinder entscheiden individuell über die von ihnen bespielten Elemente und den Fortgang ihres Spiels. Die betreuenden Pädagog*innen bringen sich nur so viel ein, wie es nötig ist, um inhaltliche Brücken in den Spielketten zu schlagen. In Gesprächsrunden kann das Erlebte verarbeitet und eingeordnet werden.

Mobil und sozialräumlich orientiert

Mit diesem freien und doch choreographierten Angebot macht der Spielwagen das Konzept des „freien Spiels“ für jedes Kind in unserem Bezirk erlebbar. Das Angebot ist kostenfrei und niedrigschwellig. Keine Hürden des Anmeldens, der Zugehörigkeit zu einem Verein oder der Beherrschung einer Sprache schließen vom Erleben des Angebots aus. An acht regelmäßigen Standorten im Bezirk ist der Spielwagen jede Woche anzutreffen. Außerdem unterstützt er bei der Gestaltung von Kiez- und Schulfesten oder in der Ferienbetreuung der Schulhorte.

Mobile Angebote der Jugendhilfe wirken an den Orten, wo sich Kinder und Jugendliche tatsächlich aufhalten: in Parks und Straßen – im öffentlichen Raum. Sie konzentrieren sich auf den Nahbereich der Kinder und Jugendlichen: auf den Wohnbereich, die Nachbarschaft, die Kieze. Sie arbeiten an den Orten in unserem Bezirk, wo es an Freiflächen für unsere Kinder mangelt. Sie setzen einen Kontrapunkt gegen enge Wohnverhältnisse, dichte Bebauung und hohes Verkehrsaufkommen.

Solche Angebote sind ein wahrer Schatz. Sie gehören zu einem zentralen Instrument der aufsuchenden Jugendarbeit. Sie werden in ihrer Ganzheitlichkeit jugendpolitisch unterstützt und ausgebaut, damit die Kinder in unserem Bezirk durch unbeschwertes Spiel in den dicht besiedelten Kiezen Berlins ausreichend Freiräume erleben und erfahren dürfen. Denn auch Kinder benötigen Räume, die es ihnen ermöglichen, sich in der Großstadt zu entfalten und zu einem für sie lebenswerten Alltag und einer wirkmächtigen Zukunft zu finden.

■ Olja Koterewa,
Bezirksverordnete

Back to Beton und Baufilz mit Schwarz-Rot

Rollback in der Wohnungspolitik statt stärkerer Steuerung des Berliner Wohnungsmarktes: Der Koalitionsvertrag des schwarz-roten Senats bleibt in der Wohnungs- und Mietpolitik weit hinter den Maßnahmen und Vorhaben der rot-grün-roten Koalition zurück.

Es drohen Rückschritt und Rollback weg vom Kurs einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik hin zu Deregulierung und noch mehr Verdrängung. Denn es soll weniger Auflagen für private Investoren geben, dafür mehr finanzielle Förderung und weniger Auflagen für sozialen Wohnungsbau.

Überteuerte Ankäufe statt Vergesellschaftung?

Zudem finden sich im Koalitionsvertrag von CDU und SPD kaum konkrete Maßnahmen und Gesetze für den Mieter*innenschutz wieder. Zwar wird zum Beispiel das Zweckentfremdungsverbot erwähnt, aber die dringend erforderliche Gesetzesreform, um spekulativen Abriss und Leerstand endlich effektiv zu bekämpfen, soll nicht erfolgen – obwohl eklatante Gesetzeslücken bekannt sind und schnell geschlossen werden könnten. Dagegen sollen Grundstücke wieder verkauft und die Mieten in den landeseigenen Wohnungen erhöht werden – so jedenfalls lauteten die konkreten Ankündigungen des neuen Senats direkt nach der Wahl.

Beim Thema Vergesellschaftung wird der mangelnde politische Wille, einen demokratischen Volksentscheid umzusetzen und mutig neue Wege zu gehen, um die renditeorientierte Wohnungswirtschaft zu regulieren, besonders deutlich. Es ist leider davon auszugehen, dass CDU und SPD den erfolgreichen Volksentscheid zur Vergesellschaftung von Wohnraum börsennotierter Wohnungsunternehmen auf die lange Bank schieben bzw. faktisch beerdigen wollen – denn lediglich ein Rahmengesetz für alle möglichen Vergesellschaftungsbereiche wurde angekündigt, das erst in zwei Jahren in Kraft treten soll – wenn es überhaupt zustande kommt. Die schwarz-rote Koalition verweigert ein konkretes Umsetzungsgesetz in Bezug auf Wohnraum – im Gegensatz zu den Ergebnissen der

rot-grün-roten Sondierungen, die zwar auch ein Rahmengesetz, aber eben auch gleichzeitig ein solches Umsetzungsgesetz vorsahen. Der Zwischenbericht der noch vom rot-grün-roten Senat eingesetzten Expert*innenkommission hat die rechtlichen Möglichkeiten für eine Vergesellschaftung insgesamt und grundsätzlich positiv bewertet – der Abschlussbericht steht kurz bevor und sollte ebenso handlungsweisend für den neuen Senat sein wie für uns. Wir fordern, dass der Zustimmung von über 59% der abgegebenen Stimmen der Berliner*innen Rechnung getragen wird und der Volksentscheid jetzt umgesetzt wird. Auch aus der Opposition heraus werden wir weiter für die Umsetzung kämpfen und mit der Initiative zusammen an konkreten Wegen arbeiten.

Dagegen plant der CDU-SPD-Senat womöglich mit einem milliardenschweren Ankaufsfonds für Wohnungen durch landeseigene Wohnungsunternehmen den in Schieflage geratenen Immobilienkonzernen wie Vonovia und Co. dringend benötigtes Geld durch weiterhin überhöhte Verkaufspreise zuzuführen. So droht die Sanierung der profitorientierten Immobilienwirtschaft auch noch mit Steuergeldern unterstützt zu werden. Schon seit Monaten versuchen Adler und Co. Bestände an das Land Berlin zu verkaufen, so auch in anderen Regionen Deutschlands. Der letzte Deal mit Vonovia und Deutsche Wohnen muss uns alle warnen, dass es nicht wieder zu überteuerten Ankäufen mit gravierenden Mängeln – von Asbest bis hin zum Totalausfall von Aufzugsanlagen – kommen darf.

Wir wollen und werden trotz Opposition neben der Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes, der eine Entschädigung unter dem Verkehrswert vorsieht, weitere Maßnahmen für den Umbau des Berliner Wohnungsmarktes erarbeiten. Denn unser Ziel ist es, den gesamten Berliner Wohnungsmarkt unter Einbindung der privaten unternehmerischen

Wohnungswirtschaft umfassend in die Pflicht zu nehmen.

Berliner Wohnungsmarkt und -wirtschaft neu ausrichten

Die Versorgung breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum als gesetzlich definierte Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge kann und muss das Land Berlin nicht alleine leisten. Der Berliner Wohnungsmarkt darf im Interesse des Gemeinwohls nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden. Öffentliche Daseinsvorsorge, die diesen

Namen verdient, kann sich auch nicht mit notdürftiger Versorgung lediglich besonders hilfsbedürftiger Haushalte mit angemessenem Wohnraum begnügen, sondern muss auf die allgemeine Wohlfahrt des Gemeinwesens und die Bedürfnisse der dauerhafte ausreichende Versorgung breiter Bevölkerungsschichten ausgerichtet sein. Private Unternehmen müssen dabei stärker in die Pflicht genommen werden, ihren Wohnraum für das Wohl der Allgemeinheit zu bewirtschaften. Renditegetriebene Wohnungsunternehmen schaden insgesamt den Mieter*innen, weil sie vor allem auf immer höhere Gewinne unabhängig vom Einkommen und der Bausubstanz setzen – zu Lasten

der Mieter*innen und deren Kaufkraft und am Ende auch der Wettbewerbsfähigkeit Berlins. Zugänge zum Wohnungsmarkt sollten für diese mit starken Auflagen verbunden sein und bei Nichterfüllung verwehrt werden.

Denn dass der Wohnungsmarkt so ist wie er ist und Mieten immer weiter steigen, ist kein Naturgesetz, wir können und müssen den gemeinwohlorientierten Umbau schaffen – auch aus der Opposition heraus machen wir weiter.

■ Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Landeskompetenz Wohnungswesen nutzen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Beschluss zum Berliner Mietendeckel 2021 zwar die abschließende Regelung des Mietrechts bzw. die direkte Regulierung der höchstzulässigen Miethöhen durch den Bund formuliert. Gleichzeitig hat das Bundesverfassungsgericht aber auch festgestellt, dass – anders als von einigen namhaften Juristen behauptet – die Länder weiterhin für das Wohnungswesen zuständig sind. Zudem gibt es durch das Recht der Wirtschaft, das nicht abschließend durch den Bund geregelt ist, in Bezug auf den Wohnungsmarkt weitere landesgesetzliche Möglichkeiten. Es gilt also, die rechtlichen Möglichkeiten zur Regulierung des Wohnungsmarkts auf Landesebene insgesamt auszuloten und auszuschnüpfen.

Ein Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sollte ein Miet- und Wohnungskataster enthalten, das Eigentümer*innen verpflichtet, Informationen zu ihrem Eigentum offen zu legen. Nicht nur für die Marktbeobachtung sind grundlegende und sozialräumliche Informationen zentral, sondern auch für den Wohnraumschutz und für mehr Transparenz auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Daher soll es die Angaben nicht nur zu Lage, Baujahr, Ausstattung, Barrierefreiheit, bauordnungsrechtlichen Genehmigungen, Mietverhältnissen und Miethöhen, sondern auch über die jeweiligen Verfügungs- und Nutzungsberechtigten sowie die wirtschaftliche Berechtigten enthalten. Zudem wollen wir eine Zugangsbeschrän-

kung für Wohnungsunternehmen ab einer bestimmten Wohnungsanzahl zum Berliner Wohnungsmarkt: Zugangsvoraussetzungen sollten unter anderem eine verpflichtende und angemessene Instandhaltungsrücklage sein. Außerdem sollte die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen geprüft werden. Denn es kann eine Chance sein, die Verwaltungsstruktur dahingehend zu ändern, dass die Zuständigkeit für den Vollzug wohnraumschutzrechtlicher Regelungen zukünftig bei einem zentralen Amt und vor allem nicht mehr bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen liegt. Aber gleichzeitig sollen die bezirklichen Wohnungs- und Stadtentwicklungsämter gestärkt werden. Wir müssen auch endlich Wege finden, um die Regulierung der Vermietung von möbliertem Wohnraum zu erreichen.

Die Möglichkeiten, im Rahmen des Gesetzes einen verbesserten Schutz vor Eigenbedarfskündigungen sowie Transparenz und Kontrolle dazu einzuführen, wollen wir ebenfalls ausloten. Bei Verstößen im Hinblick einer sozialverträglichen Verwendung und Bewirtschaftung des Wohnraums soll der Wohnraum sogar entzogen werden können. Die genauen Regelungen diskutieren wir derzeit mit der Fachwelt und entwickeln ein konkretes Gesetz.

■ Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Der Senat will Jugendgewalt bekämpfen – aber hat er auch die Bezirke im Blick?

Am 11.1. und 22.2.2023 haben zwei Gipfel gegen Jugendgewalt stattgefunden. Nach den Ausschreitungen der Silvesternacht 2022 wurden diese von der ehemaligen regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) initiiert und unter ihrer Leitung durchgeführt. Als Ergebnis der beiden Gipfel beschloss der Senat in einem „Maßnahmenpaket zur Prävention von Jugendgewalt in den Jahren 2023-25“ 20 Millionen Euro für das Jahr 2023 und 70 Millionen Euro für das Jahr 2024 für die Bekämpfung von Jugendgewalt bereitzustellen.

Doch inwiefern solche ad-hoc-Aktionen Problematiken der Jugendgewalt in den Bezirken tatsächlich lösen oder durch ihren Schaufenstercharakter nur der Profilierung einzelner Politiker*innen dienen sollen, bleibt offen.

Die Bezirke als geladene Zuschauer

Mit den Vorhaben sollen laut Senat „vor allem bestehende Strukturen gestärkt und bewährte Maßnahmen und Best-Practice-Beispiele auf weitere Bezirke und Bereiche ausgeweitet werden“. Die Bezirke sollen mehr finanzielle Mittel für die Jugendarbeit erhalten, um „wichtige Präventionsarbeit dauerhaft abzusichern und die richtigen Unterstützungsangebote bereitzustellen“. Es soll z. B. in die Sanierung von Jugendfreizeiteinrichtungen, in sportorientierte Jugendsozialarbeit, mehr Stellen für die Schulsozialarbeit aber auch in die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bearbeitung von Delikten der Jugendgewalt investiert werden. Mitte März 2023 hat der Senat das Maßnahmenpaket zwar schon beschlossen, aber über die genaue Verteilung der Mittel noch nicht entschieden.



Prävention durch Jugendarbeit – statt Schaufenster-Aktionen

Foto: Olja Koterewa

Da im Land Berlin die Bezirke für die Jugendarbeit zuständig sind, stelle ich eine parlamentarische Anfrage, um den Umfang der Kooperation des Jugendgipfels mit den Bezirken und die Langfristigkeit der erarbeiteten Maßnahmen in Erfahrung zu bringen.

In den Antworten des Senats heißt es: „Eine Umsetzung des ... Maßnahmenpaketes ist nur durch die Einbindung von und eine gute Verzahnung mit den Bezirken zu gewährleisten.“ Umso mehr verwundert es, dass die

Bezirksbürgermeister*innen der 5 betroffenen Bezirke zwar zum Gipfel eingeladen, ihnen aber dort nur noch Ergebnisse vorgetragen wurden. An den entscheidenden Vorbereitungsrounds durften die Bezirke nicht teilnehmen. Das deutet einmal mehr darauf hin, dass in einer Schaufensterveranstaltung die Bezirke publikumswirksam anwesend sein dürfen, am Ende aber der Senat das Geld unter sich zu verteilen scheint und die Bezirke leer ausgehen lässt. Zumindest lassen

sich aktuell keine zusätzliche Mittel für die Jugendarbeit im Aufstellungsgrundschriften für die Bezirke finden.

In den Antworten auf meine Anfrage erklärte der Senat weiterhin, dass mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket keine neuen Parallelstrukturen zu schon bestehenden Angeboten und damit auch keine Konkurrenzsituation auf dem Fachkräftemarkt geschaffen werden sollen. Jedoch wurde uns von den Jugendämtern zurückgemeldet, dass die Kurzfristigkeit

der Maßnahmen die Jugendämter vor immense Schwierigkeiten bei der Verteilung der Gelder stellt. Welche*r Sozialpädagog*in ist schon bereit, einen Vertrag für nur 4 Monate abzuschließen?

Langfristigkeit in der Jugendarbeit

Eine Langfristigkeit der Vorhaben auch nach 2025 soll, laut Senat, durch die Erarbeitung einer Jugendstrategie und der Implementierung eines ressortübergreifenden Steuerungsgremiums zur Umsetzung dieser gegeben sein. Ob die Bezirke an dieser Stelle eingebunden werden und ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, bleibt auch hier abzuwarten.

Als Fazit ist positiv zu bewerten, dass die auf dem Jugendgipfel angekündigten Vorhaben vor allem bereits vorhandene Strukturen in den Bezirken stärken sollen. Aber nun müssen darauf basierend Taten folgen, die der Logik der Nachhaltigkeit entsprechen. Bis jetzt muten die formulierten Maßnahmen wie ein Wunsch-dir-was-Katalog an, ohne dass konkrete Projekte vorangebracht wurden. Inwiefern die neue Regierung ins Handeln kommt und einer zeitnahen und sinnhaften Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen in den Bezirken die entsprechende Priorität einräumt, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Die Zukunft unserer Jugendlichen sollte uns dies, vor allem in krisenbelaagten Zeiten, wert sein – auch ohne Krawalle.

■ Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Strafrecht modernisieren

Für eine Kriminalpolitik des 21. Jahrhunderts

Für ein modernes Strafrecht setze ich mich als Obfrau im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags ein. Denn das Strafrecht als schärfstes Schwert des Staates darf immer nur Ultima Ratio sein. Als Ampel-Koalition haben wir uns vorgenommen, evidenzbasierte Kriminalpolitik zu betreiben, also die Gesetzgebung im Austausch mit Wissenschaft und Praxis auf den Prüfstand zu stellen und systematisch auf Handhabbarkeit, Berechtigung und Wertungswidersprüche zu überprüfen.

Schon zu Beginn der Legislaturperiode haben wir angefangen, das umzusetzen: Den § 219a StGB, also die Bestrafung der Information über Schwangerschaftsabbrüche, haben wir im Jahr 2022 abgeschafft.

Aktuell arbeiten wir an der Neuregelung der Ersatzfreiheitsstrafe. Eine Ersatzfreiheitsstrafe wird verhängt, wenn eine zu einer Geldstrafe verurteilte Person diese Geldstrafe nicht bezahlt. Die Person muss dann die Tagessätze der Geldstrafe im Gefängnis „absitzen“. Weil dies aber hauptsächlich Menschen trifft, die von Armut betroffen sind, ist es ein ungerechtes System. Arme Menschen werden im Ergebnis für dieselben Delikte stärker bestraft als Personen, die die Geldstrafe aufbringen können. Auch finanziell macht es keinen Sinn, weil pro Person pro Tag in Haft im Schnitt 180 Euro aus den Landeshaushalten bezahlt werden muss.

Aus dem Bundesjustizministerium kommt daher der Vorschlag, die Tagessätze bei der Ersatzfreiheitsstrafe zu „halbieren“, sodass die Betrof-

fenen dann nur halb so viele Tage in Haft einsitzen müssen. Das ist zumindest ein Anfang.

Das Problem bei der Wurzel packen

Klar ist aber: Damit wird das Problem noch nicht an der Wurzel gepackt. Was wir brauchen, ist eine umfassende Entkriminalisierung aller der Straftatbestände, die im wissenschaftlich erforschten Zusammenhang mit Armut stehen. Denn es ist nicht gerecht, wenn Menschen für ihre Armut bestraft werden.

Dazu gehört zum Beispiel das Fahren ohne Fahrschein. Dass das eine Straftat ist, wissen die wenigsten. Aber tatsächlich wird dies als „Erschleichen von Leistungen“ strafrechtlich verfolgt. Dieser Tatbestand ist nicht nur historisch überholt, weil er aus dem Nationalsozialismus stammt. Er ist auch ungerecht, weil zum Beispiel das Parken ohne Parkschein nur eine Ordnungswidrigkeit ist. Diese Ungleichbehandlung muss ein Ende haben. Auch das Retten von genießbaren Lebensmitteln aus Müll-Containern sowie der selbstbestimmte Schwangerschaftsabbruch müssen raus aus dem Strafgesetzbuch.

Denn wenn eine Gesellschaft sich ändert, muss sich auch das Strafrecht ändern. Und daran arbeiten wir.

■ Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

Silvio-Meier-Preis 2023

Die rassistischen Übergriffe auf eine Schüler*innengruppe aus Kreuzberg in Brandenburg, die zunehmende Bedrohung von Menschen, die sich gegen rechten Populismus und Neonazismus wehren, die sich gegen Diskriminierung und für Diversität engagieren, die sich gegen die Ausgrenzung von Menschen einsetzen, die zu „anderen“ oder „fremden“ gemacht werden, zeigen, wie wichtig ein Preis wie der Silvio-Meier-Preis gerade heute ist.

Am 21. November 1992 wurde im U-Bahnhof Samariterstraße in Friedrichshain der 27-jährige Silvio Meier erstochen. Die Polizei sprach damals von einem Streit zwischen Jugendgruppen. Ein politischer Hintergrund wurde geleugnet. In Wahrheit aber waren die Täter jugendliche Neonazis. Silvio Meier wurde so nicht nur zu einem Opfer rechter Gewalt, sondern darüber hinaus zu einem Symbol für den Kampf gegen Rechts, gegen die Ignoranz, Leugnung und fehlende Anerkennung der Gefahr rechter Gewalt durch den Staat und seine Repräsentant*innen.

Unser Bezirk bezieht Position

Doch nicht nur sein gewaltsamer Tod, sondern mehr noch sein Leben und politisches Wirken, das mutige Eintreten gegen jede Form Dogmatismus, Entmündigung, Zwangsherrschaft und soziale Exklusion machen Silvio Meier zu einem herausragenden Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements. Er war unter anderem in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR aktiv, gehörte zu den Mitbegründern der „Kirche von unten“, organisierte Konzerte verbotener Bands, war aktiv

an der Vorbereitung der legendären Frühlingsfeste der Berliner Punks beteiligt und gehörte auch nach der Wende zur frühen Antifa- und Hausbesetzer*innenszene in Friedrichshain.

Mit der Verleihung des Silvio-Meier-Preises bezieht der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg klare Position gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und will aktives, gewaltfreies Eintreten für Freiheit, politische und kulturelle Emanzipation unabhängig von Herkunft, Religion, sozialer Stellung oder sexueller Identität ermutigen und entsprechendes Handeln unterstützen und ehren. Die öffentliche Ehrung und Verleihung erfolgt auch in diesem Jahr nicht an seinem Todestag, sondern im Sommer am 13. Juli um 18.00 Uhr im – oder bei schönem Wetter vor dem Jugend[widerstands]museum in der Rigaer Straße 9 in Friedrichshain. Damit wird an den von Silvio Meier und der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung organisierten Kirchentag von Unten in Ostberlin im Juni 1987 erinnert. Dieser war für Silvio Meier und die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung in der DDR einer der größten politischen Erfolge. Insbesondere Angehörige, Freunde, sowie die in der Jury vertre-

tenen Initiativen waren der Meinung, dass nicht Silvios gewaltsamer Tod, sondern sein Engagement, seine Kreativität, sein Mut und sein Umgang mit politischen Missständen als Basis für die Preisverleihung erkennbar sein sollen.

Voraussetzungen für die Ehrung

Der Silvio-Meier-Preis ehrt Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung einsetzen oder eingesetzt haben. Außerdem werden herausragende Handlungen oder das Zeigen von Zivilcourage gegenüber rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Gewalt oder Aktionen geehrt. Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die eine oder mehrere dieser Voraussetzungen erfüllen, konnten bis zum 21. Mai vorgeschlagen werden.

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Seit 2019 ist Erik Marquardt Mitglied des Europaparlaments mit den Schwerpunktthemen Flucht, Migration und Menschenrechte. Zuvor hat er als Fotograf zahlreiche Reisen unternommen und die verzweifelte Lage der Geflüchteten dokumentiert. Die Situation hat sich seither kaum geändert. Nach wie vor sind Repression und Schikane an der Tagesordnung. Und nicht nur Rechtspopulist*innen fordern Abschottung, Mauern und Zäune.



Foto: Erik Marquardt



Foto: Erik Marquardt

Flucht und Menschlichkeit: Engagiert gegen eine restriktive Asylpolitik

Am 13. Juni 2023 ab 19 Uhr lädt die Bezirksgruppe Friedrichshain-Kreuzberg von Bündnis 90/Die Grünen ein zur Veranstaltung „Flucht und Menschlichkeit: Engagiert gegen eine restriktive Asylpolitik“ ins Aquarium am Südblock in Berlin.

Diskutiert mit uns über Flucht, zivile Seenotrettung und Asyl. Gemeinsam möchten wir die aktuellen Entwicklungen besprechen und einen Beschluss verabschieden, der eine drohende Verschärfung des Asylrechts durch die Bundesregierung und die Europäische Union verurteilt und ablehnt.

Als Gäste konnten wir renommierte Rednerinnen und Redner gewinnen:

- Erik Marquardt, Mitglied des Europäischen Parlaments;
- Pfarrerin Margarete Tende, Mitglied im Vorstand von Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e.V.;
- Gordon Isler, Vorstand von Sea-Eye e.V.;
- Svenja Borgschulte, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Flucht & Migration.

Der Eintritt ist kostenlos, aber eine Anmeldung unter <https://gruenlink.de/2031> ist erforderlich. Sichert euch einen Platz für eine Veranstaltung, bei der wir gemeinsam ein Zeichen für eine menschliche Asylpolitik setzen wollen.

Titel: Flucht und Menschlichkeit: Engagiert gegen eine restriktive Asylpolitik

Datum: 13. Juni 2023

Uhrzeit: Ab 19 Uhr

Ort: Aquarium am Südblock, Admiralstraße 2, 10999 Berlin

Im Stich gelassen

Was passierte beim überstürzten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan? Eine der vielen Fragen, die ich als Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Afghanistan aufzuklären versuche.

20 Jahre lang wurde in Afghanistan Krieg geführt. 2001 wurden US- und NATO-Truppen auch der Bundeswehr für den von George W. Bush erklärten „War on Terror“ nach Afghanistan geschickt, um die Verantwortlichen für die Anschläge in New York und Washington, Bin Laden und Al Kaida, zu jagen. Doch auch nachdem diese getötet bzw. geflohen waren und absehbar war, dass der Krieg nicht gewonnen werden konnte, wurden die Einsätze Jahr für Jahr verlängert. Bis im 2020 abgeschlossenen US-Taliban-Abkommen der Abzug der internationalen Truppen vereinbart und 2021 durchgeführt wurde.

Die Ortskräfte wurden im Stich gelassen

Als Abgeordnete im Deutschen Bundestag stimmte ich gegen die Mandate für die Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan, unter anderem weil dieser Krieg völkerrechtswidrig war und man nicht mit den Mitteln eines Krieges eine Gesellschaft verändern kann. Seit Jahren war auch der Bundesregierung das Scheitern des Krieges klar, nur wollte man sich dies lange nicht eingestehen und machte immer weiter. Ganz in der Tradition meines Vorgängers Hans-Christian Ströbele, der in seiner Zeit

als Abgeordneter das Land zweimal besuchte, reiste auch ich in der letzten Legislaturperiode mehrmals nach Afghanistan, um mir ein eigenes Bild der Lage vor Ort zu machen.

Der Krieg in Afghanistan war von Anfang bis zu seinem Ende falsch. Trotzdem stimmte ich nach der Übernahme Kabuls durch die Taliban im August 2021 der militärischen Evakuierungsmission der Bundeswehr zu, als diese Tausende von Zivilisten ausflog. Dabei handelte es sich allerdings weniger um sogenannte Ortskräfte und ihre Familienangehörigen, die zum Beispiel als Dolmetscher*innen für die Bundeswehr und Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet haben. Schon im April 2019 (!) hatten wir von Bündnis 90/Die Grünen die Bundesregierung aufgefordert, die Evakuierung der Ortskräfte vorzubereiten, um diese zu retten. Doch selbst noch im Juni 2021 stimmten die damaligen Regierungsfractionen dagegen.

Dieses Versäumnis führte dazu, dass Tausende dieser Ortskräfte im Land zurückgelassen wurden. Viele fürchten sich vor der Rache der Taliban und haben nur vage Versprechen in der Hand, dass sich die Bundesregierung um sie kümmern wird.

Im Deutschen Bundestag werden nun diese Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven aufgearbeitet.

Zum einem im zwölfköpfigen „1. Untersuchungsausschuss Afghanistan“, dessen Ordentliches Mitglied ich seit Ende März bin. Es geht um den Zeitraum von Ende Februar 2020 (dem Abschluss des US-Taliban-Abkommens in Doha) bis zum Ende der Evakuierungsmission der Bundeswehr im September 2021. Zum anderen mit der Enquete-Kommission zu Afghanistan, die den ganzen rund 20-jährigen Einsatz der Bundeswehr aufzuarbeiten versucht.

Untersuchungsausschuss und Enquete-Kommission

Mir ist besonders wichtig, den Blick darauf zu richten, wie von Seiten der Bundesregierung mit den Menschen in Afghanistan umgegangen wird. Deutschland hat für diese Menschen Verantwortung übernommen und muss dieser nun auch gerecht werden.

Zum Abschluss des Ausschusses – der noch nicht abzusehen ist – wollen wir anhand der Untersuchungsergebnisse empfehlen, was aus den gewonnenen Erkenntnissen zu lernen ist. Der Ausschuss tagt in der Regel öffentlich.

■ Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

Und sonst noch so? | Die Kolumne



Das Narrativ geht um

Schon seit geraumer Weile macht es sich in unseren Köpfen breit: das Narrativ. Es bläht sich über die Fakten hinweg, denen wir ohnehin kaum noch Glauben schenken. Oder anders gesagt: Die Erzählung hat über die Tatsachen gesiegt. Nicht das, was ist – oder war – zählt, sondern die Darstellung, das Bild, das wir davon vermitteln. Das Ereignis tritt hinter seine Übermittlung zurück, es spielt im Grunde keine Rolle mehr. Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich brauchen wir die Ereignisse, wir erzählen sie schon im Vorfeld als 'Event', wir pushen sie hoch. Wir brauchen sie als Futter für unsere Erzählung, für unser Narrativ. Damit gewinnen wir Einfluss. Influence. Nichts anderes macht jede* Influencer*in. Es geht nicht um die, die teilhaben. Sondern um die, die der Geschichte folgen. Die Follower.

Denn wir alle haben unsere eigene Geschichte, unser eigenes Narrativ. Speziell im politischen Geschäft. Die Darstellung politischer Inhalte steht im Fokus, nicht die Umsetzung. Verrückt, oder?

Ein Beispiel, wo uns die Narrative den Blick auf die Tatsachen verstellen, war die Wahl von Kai Wegner zum Regierenden Bürgermeister von Berlin. Was war da los? Tatsache ist, dass ihm im ersten Wahlgang satte 15 Stimmen aus den eigenen Koalitionsfraktionen fehlten. Auch im zweiten Wahlgang hat es – und es braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, was da hinter den Kulissen bei der CDU und der SPD los war – nicht gereicht für Herrn Wegner. Was dann? Betretene Gesichter bei CDU und SPD, es schlug die Stunde der AfD. Die AfD erklärte, Herrn Wegner unterstützen zu wollen, zumindest in Teilen. Und

zwar erklärte sie dies nicht nach der Wahl, wie fälschlich immer wieder erzählt wird, sondern schon während des dritten Wahlgangs, lange bevor das Ergebnis verkündet wurde. Also ohne doppelten Boden: Wäre diese Unterstützung ein bloße Behauptung gewesen und Herr Wegner auch im dritten Wahlgang durchgefallen, hätte sich die AfD unweigerlich der Lächerlichkeit preisgegeben.

Die Wahl war geheim – ein gefundenes Fressen für jedes Narrativ. Keiner weiß, wer denn nun Herrn Wegner ins Amt gewählt hat. War er angewiesen auf Stimmen von Rechtsaußen? Wir wissen es nicht und werden es auch wohl nie erfahren. Und so wurden wir flugs gewarnt vor dem Narrativ der AfD. Das da lautet: Wir haben Herrn Wegner ins Amt verholfen. Erklärmaßen, um uns zu verhindern. Das ging nicht gegen die Linken oder die SPD (die sie ja quasi mitgewählt haben) – nein, das ging vor allem gegen uns, gegen Bündnis 90/Die Grünen, gegen konsequente Klimapolitik.

Aber es ist völlig egal, ob Wegner nun angewiesen war auf diese Stimmen oder nicht. Allein der Verdacht, dass diese Wahl und damit der Rückschritt, der Rollback in längst überwunden geglaubte Zeiten, dem Nährboden der AfD zu verdanken ist, hätte ausreichen müssen, eine solche Wahl nicht anzunehmen. Das lässt sich nicht weg-erzählen, da hilft kein Narrativ. Das stinkt.

Und sorry Kai, sorry Franziska: Der Welt und dem Klima sind Eure Narrative – und Eure Karrieren – übrigens auch scheißegal.

■ Henry Arnold

Karstadt am Hermannplatz

Wie der Denkmalschutz die Pläne des umstrittenen Investors René Benko für eine Luxusimmobilie am Hermannplatz ins Wanken bringen könnte.

Schon länger hat man nichts Neues gehört von René Benkos umstrittenen Plänen, am Hermannplatz eine Luxusimmobilie zu errichten. Zwar ist sein Unternehmen weltweit in die Schlagzeilen geraten, aber dies vor allem wegen zwei Dingen: Benko wurde in seiner „Heimat“ Österreich wegen Korruption angeklagt. Es soll einen hochrangigen Finanzbeamten bestochen haben. Zudem stellten Wirtschaftsfachleute das unternehmerische Konzept Benkos grundsätzlich in Frage und auch Finanzierungspartner*innen scheinen sich Medienberichten zu Folge abzuwenden. Neu ist auch nicht die Kritik, dass bei Signa die Wertsteigerung des Konzerns durch Immobilienspekulation im Vordergrund steht und es nicht um volkswirtschaftlich sinnvolle Wertschöpfung geht, die Arbeitsplätze sichert.

Doch bei der Berliner SPD und deren Bausenator scheint diese Kritik nicht geteilt zu werden. Unbeirrt wird das Bebauungsplanverfahren für den Prachtbau am Hermannplatz weiter betrieben, obwohl der Letter of Intent, bei dem der Erhalt von Karstadtfilialen durch die Schaffung von Baurecht für Büroimmobilien erkaufte werden sollte, schon längst von der Signa gebrochen wurde.

Senat treibt Verfahren weiter voran

Nun hat der Senat den formalen Verfahrensschritt "Frühzeitige Bürgerbeteiligung und frühzeitige Beteiligung Träger öffentlicher Belange" gestartet. Doch die Ergebnisse der bislang schon durchgeführten Veranstaltungen und Workshops werden nur halbherzig dokumentiert und weitgehend ignoriert. Die überwiegende Ablehnung des Projektes seitens der Zivilgesellschaft und der Bezirke wird heruntergespielt. Eine Schlussfolgerung, wird nicht gezogen: So geht Scheinbeteiligung.

Und so ist auch bei der jetzt anlautenden "frühzeitigen Bürgerbeteiligung" nicht zu erwarten, dass sie den CDU/SPD-Senat von seinem Kurs abbringen wird, Herrn Benko am Her-



Karstadt am Hermannplatz heute, links an der Hasenheide die noch erhaltenen Reste der Originalfassade von 1929

Foto: Henry Arnold

mannplatz ein Geschenk zu machen, für das die Menschen in Kreuzberg und Neukölln zahlen werden. Wenn alles gut geht für den Investor, könnte der Senat ihm im Jahr 2024 das ersehnte Baurecht geben. Die Immobilie hätte ihren Wert enorm gesteigert: Das international in der Kritik stehende Benko-Prinzip, Kaufhäuser zu kapern, um deren Immobilien zu vergolden und damit die Unternehmensbilanz nach oben zu treiben, hätte mit Hilfe des Berliner Senats ein staatlich protegiertes Comeback. Kreuzberg und Neukölln stünde ein nicht erwünschtes Luxusbauprojekt ins Haus, das die Mieten in den Kiezen steigen lassen und den Hermannplatz zu einem Vorplatz von Benkos Glitzerwelt degradieren würde.

Stolperstein Denkmalschutz

Doch nur ist etwas geschehen, mit dem niemand gerechnet hat: Der Denkmalschutz könnte das Projekt ins Wanken bringen. Bereits bei den Gesprächen zwischen Signa, Landesdenkmalamt und der bezirklichen "unteren Denkmalbehörde" im letzten Jahr wurde klar, dass es nicht ganz so einfach

wird mit dem Denkmalschutz, wie es schien. Zunächst wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme eingefordert, die klärt, welche Bauteile genau unter Denkmalschutz fallen. Schnell wurde klar, dass die denkmalrelevanten Bauteile von erheblicher baustatistischer Bedeutung sind und ein Aufstocken des Gebäudekomplexes bei deren Erhalt kaum möglich ist. Um denkmalrechtliche Fragen zu vertiefen hatte das Bezirksamt im Januar 2023 ein Fachgespräch mit Denkmalschutzexpert*innen durchgeführt.

Das Ergebnis: Die Definition des Denkmalwerts ist bisher sehr knapp gehalten, gibt aber ausreichend Anhaltspunkte für massives Zweifeln an der Genehmigungsfähigkeit des Rückbaus des Karstadtgebäudes und dessen Transformation zu einer rekonstruktivistischen Hochglanzimmobilie. Dem Bezirksamt wurde empfohlen, den Denkmalwert des Gebäudes durch ein Gutachten zu ermitteln. Die Vorbereitungen für dieses Gutachten laufen gerade.

Im März fasste sich schließlich der vom Senat eingesetzte Landesdenkmalrat mit der Umbauplanung.

Die Signa-Vertreter waren sichtlich nervös und konnten einige Fragen der Denkallexpert*innen nicht zufriedenstellend beantworten. Ende April wurde dann die Stellungnahme des Landesdenkmalrats veröffentlicht: Er empfiehlt dem Landesdenkmalamt, dass dieser „die aus den 1990er Jahren stammende Denkmalbegründung durch Identifizierung der konstituierenden Bestandteile des Denkmals vertieft, teilweise berichtigt und aktualisiert“.

Der Landesdenkmalrat interveniert

Bei der Bewertung sollte der jüngere, nicht denkmalgeschützte Teil mit betrachtet werden, „da das Gebäude trotz seiner fragmentarischen Zeitgeschichten in der aktuellen Fassung als städtebauliche Einheit wirkt.“ Abschließend plädiert der Rat dafür „die wertvollen Bestandteile des Denkmals in ihrer Substanz und Wirkmöglichkeit angemessen zu berücksichtigen.“ Damit fordert der Rat im Grunde den gesamten Karstadt-

Komplex zu erhalten und unter Denkmalschutz zu stellen.

Im Rahmen des beim Senat laufenden Bebauungsplanverfahrens wird nach der frühzeitigen Bürgerbeteiligung der nächste Verfahrensschritt die richtige Beteiligung Träger öffentlicher Belange (TÖB) sein. In diesem Rahmen haben sich die Denkmalbehörden zu äußern.

Sprengpotential für Investorenpläne

Während es die Aufgabe des Landesdenkmalamtes ist, die Denkmalbegründung entsprechend der Empfehlung des Landesdenkmalrats zu überarbeiten, hat der Bezirk die Möglichkeit, die Ergebnisse seines bis dahin vorliegenden Gutachtens vorzutragen. Das Sprengpotential für Benkos Pläne und das Bebauungsplanverfahren ist erheblich. Denn sollten die Stellungnahmen grundlegend kritisch sein und die denkmalrechtliche Rechtmäßigkeit der Planungen darlegen, müsste das B-Planverfahren eigentlich beendet oder die Planung komplett neu konzipiert werden. Zwar könnte sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen im Rahmen der Abwägung über die kritischen Denkmalbehörden hinwegsetzen. Allerdings würde dies das Risiko mit sich bringen, dass der Bebauungsplan nach Festsetzung durch ein Gericht wegen Abwägungsfehlern aufgehoben wird. Dies hätte evtl. zur Folge, dass die Signa gegen das Land Berlin Entschädigungszahlungen geltend machen könnte. Darüber hinaus könnte das Bezirksamt bei erheblichen Mängeln im Abwägungsvorgang eine Baugenehmigung versagen.

Dieses Szenario ist zunächst spekulativ. Es zeigt jedoch, dass mit dem Denkmalschutz die einfache Rechnung des Senats, nachdem Senator Scheel (Die Linke) das Verfahren an sich gezogen hatte, nun ungestört durch den aufmüpfigen Bezirk Baurecht erteilen zu können, nicht aufgehen könnte.

■ Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung

Nach der Wahl: Unser neuer BVV- Fraktions-Vorstand

Die bündnisgrüne Fraktion im Bezirksparlament (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg hat in ihrer Fraktionssitzung am 17. April 2023 einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Neben den beiden wiedergewählten Fraktionsvorsitzenden Sarah Jermutus und Pascal Striebel gehören Olja Koterewa, Silvia Rothmund und Vito Dabisch als Beisitzende weiterhin dem Fraktionsvorstand an. Zusätzlich ergänzt Karl-Heinz Garcia Bergt als Beisitzer den nun sechsköpfigen Fraktionsvorstand.

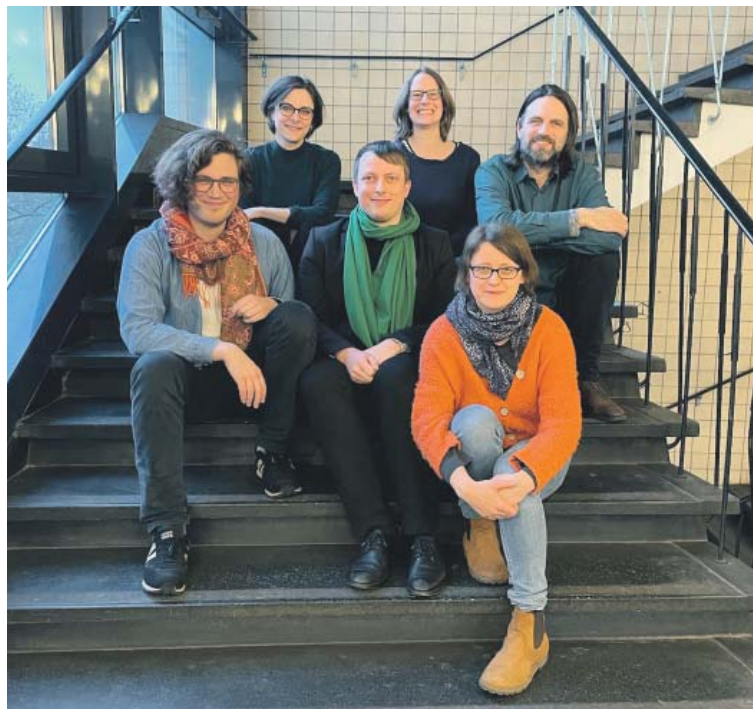
„Mit 21 Verordneten stellen wir auch nach der Wiederholungswahl die stärkste Fraktion im Xhainer Bezirksparlament. Mit dieser Unterstützung der Xhainer*innen möchten wir als Fraktion weiter für eine sozial gerechte Mobilitätswende, mutigen Klimaschutz, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik und eine offene Gesellschaft kämpfen“, bekräftigen Sarah Jermutus und Pascal Striebel die Ziele der Fraktion.

Neue Ausschussbesetzung

Mit der ersten Sitzung der BVV nach der Wiederholungswahl am 29. März hat ebenfalls die Arbeit in den Ausschüssen wieder begonnen. In den regelmäßigen Sitzungen finden

die fachpolitischen Debatten statt. Dort setzen sich die Verordneten der bündnisgrünen Fraktion für wichtige Themen im Bezirk ein. Neben den Ausschüssen sitzen Fraktionsmit-

glieder auch in fachlichen Beratungsgremien, wie dem Jobcenterbeirat, dem Klimabeirat, der Kommission Kunst im öffentlichen Raum, der Spielplatzkommission u. v. m.



Der neue Fraktionsvorstand

Foto: Berthe Jentzsch

Unsere Verordneten in den Ausschüssen

- **Partizipation, Migration, Integration:** Claudia Schulte (Stv. Vorsitzende), Hülya Kilic, Taina Gärtner, Murat Cinar
- **Antidiskriminierung und Diversity:** Silvia Rothmund (Vorsitzende), Sarah Jermutus (Stv. Vorsitzende), Hülya Kilic, Jutta Schmidt-Stanojevic
- **Jugendhilfeausschuss:** Vito Dabisch (Vorsitzender), Hülya Kilic, Olja Koterewa, Taina Gärtner,
- **Petitionen, Beteiligung und Geschäftsordnung:** Taina Gärtner, Magnus Heise, Pascal Striebel (Stv. Vorsitzender), Claudia Schulte
- **Umwelt- und Naturschutz, Grünflächen und Klimaschutz:** Alexandra Neubert (Vorsitzende), Pascal Striebel, Britta Kallmann, Tobias Wolf
- **Verkehr und Ordnung:** Alexandra Neubert, Pascal Striebel, Yannick Brugger, Olja Koterewa
- **Stadtentwicklung und Wohnen:** Maria Haberer (Stv. Vorsitzende), Yannick Brugger, Werner Heck, Julie Richier, Silvia Rothmund
- **Personal, Haushalt, Investitionen, Rechnungsprüfung und Wirtschaftsförderung:** Karl-Heinz Garcia-Bergt (Stv. Vorsitzender), Murat Cinar, Murat Yücel, Sarah Jermutus, Tobias Wolf
- **Verwaltung, Bürgerdienste, Digitalisierung und Facility Management:** Murat Cinar (Vorsitzender), Maria Haberer, Britta Kallmann, Dominik Pross
- **Kultur und Bildung:** Karl-Heinz Garcia-Bergt, Werner Heck, Hülya Kilic, Silvia Rothmund
- **Schule:** Olja Koterewa (Vorsitzende), Vito Dabisch, Jutta Schmidt-Stanojevic
- **Sport:** Jutta Schmidt-Stanojevic (Stv. Vorsitzende), Dominik Pross, Karl-Heinz Garcia-Bergt, Murat Yücel
- **Soziales, Arbeit und Gesundheit:** Magnus Heise (Vorsitzender), Claudia Schulte, Dominik Pross, Taina Gärtner

Alle Verordneten sind für Fragen oder Anregungen per Mail (vorname.nachname@gruene-xhain.de) zu erreichen. Presseanfragen werden über die Pressestelle (presse@gruene-xhain.de) entgegengenommen.